Neuaufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese", Stadt Montabaur

Nach Einschätzung der Gemeinde wesentliche, bereits vorliegende umweltbezogene Stellungnahmen i. S. d. § 13 BauGB i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB



Leitungsauskunft Fremdplanungsbearbeitung

Telefon

0201/36 59 - 0

Telefax

0201/36 59 - 160

E-Mail

leitungsauskunft@pledoc.de

Verbandsgemeinde Montabaur Bauleitplanung Konrad-Adenauer-Platz 8 56410 Montabaur

PLEdoc GmbH | Postfach 12 02 55 | 45312 Essen

zuständig Ralf Sulzbacher

Durchwahl 0201/36 59 - 325

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom Anfrage an

unser Zeichen

Datum

2.1/Be, Becher

09.11.2016

PLEdoc GmbH

1423384

22.11.2016

Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bezug auf Ihr o.g. Schreiben teilen wir Ihnen mit, dass in dem von Ihnen angefragten Bereich keine von uns verwalteten Versorgungsanlagen vorhanden sind. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Bitte überprüfen Sie diese Darstellung auf Vollständig- und Richtigkeit und nehmen Sie bei Unstimmigkeiten umgehend mit uns Kontakt auf.

Wir beauskunften die Versorgungseinrichtungen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber:

- Open Grid Europe GmbH, Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Nordbayern GmbH (FGN), Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen
- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG. Straelen
- Viatel GmbH, Frankfurt

Diese Auskunft bezieht sich ausschließlich auf die Versorgungseinrichtungen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen. Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.

Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Mit freundlichen Grüßen PLEdoc GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig-

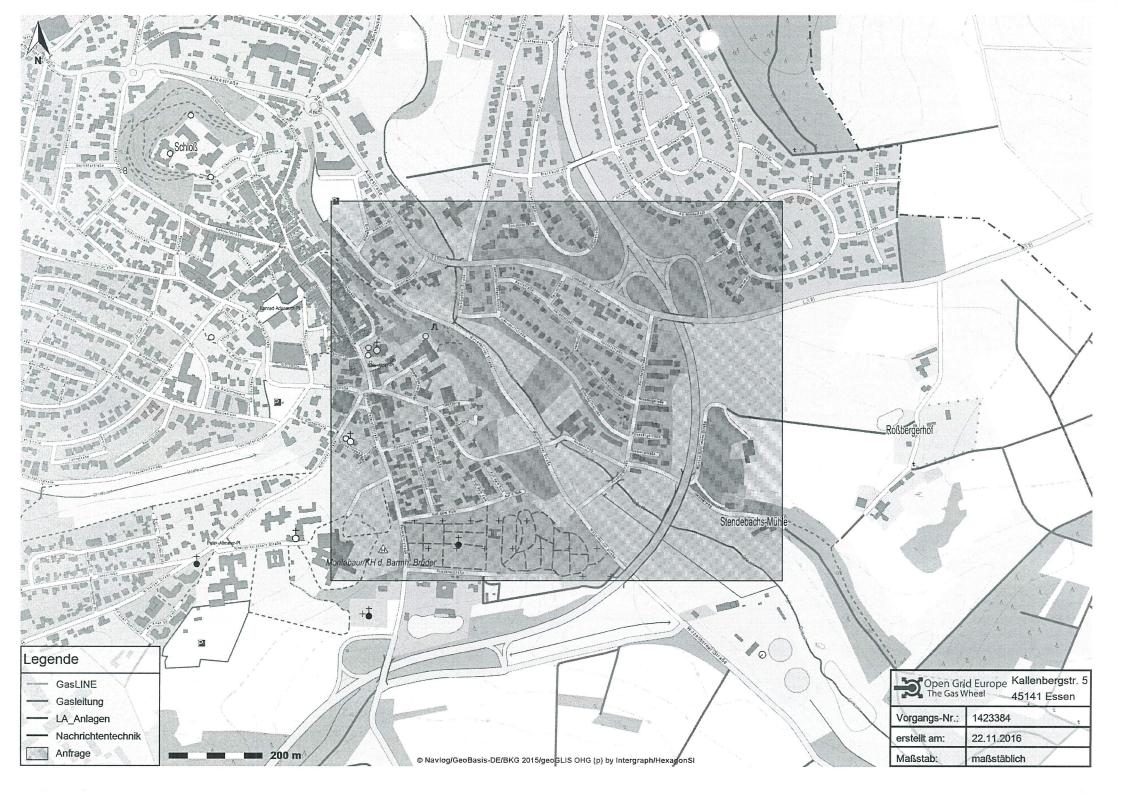
Anlage(n)

Übersichtkarte (© NavLog/GeoBasis-DE / BKG 2014 / geoGLIS OHG (p) by Intergraph)

Geschäftsführer: Kai Dargel

PLEdoc Gesellschaft für Dokumentationserstellung und –pflege mbH • Gladbecker Straße 404 • 45326 Essen Telefon: 0201 / 36 59-0 • Telefax 0201 / 36 59-163 • E-Mail: info@pledoc.de • Internet: www.pledoc.de Amtsgericht Essen - Handelsregister B 9864 • USt-IdNr. DE 170738401 Commerzbank AG, Essen (BLZ 360 400 39) Konto-Nr. 0120 811 500 IBAN: DE83 3604 0039 0120 8115 00 • SWIFT: COBA DE FF 360







Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord Postfach 1227 I 56402 Montabaur

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur Konrad-Adenauer-Platz 8

56410 Montabaur

REGIONALSTELLE WASSERWIRTSCHAFT, ABFALLWIRTSCHAFT, **BODENSCHUTZ**

Kirchstraße 45 56410 Montabaur Telefon 02602 152-0 Telefax 02602 152-100 Poststelle@sgdnord.rlp.de www.sgdnord.rlp.de

03.01.2017

Mein Aktenzeichen Az. 33-1/00/27.14 Bitte immer angeben!

09.11.2016 2.1/Be

Ihr Schreiben vom Ansprechpartner(in)/ E-Mail Thomas Meuer Thomas.Meuer@sgdnord.rlp.de Telefon/Fax 02602 152-132 0261 120-888132

Bauleitplanung der Stadt Montabaur;

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese, Am Roßberg I u. II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg" gemäß § 4 I BauGB

Anlg.: Lageplan und Erhebungsbogen zu der Altablagerung 143 04 048 - 0216

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Becher,

die Bebauungspläne "Sommerwiese sowie Roßberg I und II" stammen aus den Jahren 1952, 1962 und 1976. Bei der Überprüfung der Bebauungspläne wurden Formfehler festgestellt. Aus Gründen der Rechtssicherheit und -klarheit sollen diese Fehler durch eine Aufhebung der alten Satzungen und die Aufstellung eines neuen qualifizierten Bebauungsplans geheilt werden.

Das Plangebiet liegt östlich der Stadt Montabaur und ist zum größten Teil bereits bebaut.

1/4

Kernarbeitszeiten 09.00-12.00 Uhr 14.00-15.30 Uhr Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung ICE-Bahnhof Montabaur Linien 460, 462, 480, 481 Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz

Parkmöglichkeiten hinter dem Dienstgebäude (bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße, Parkplatz "Kalbswiese" an der Fröschpfortstraße

Für eine formgebundene, rechtsverbindliche, elektronische Kommunikation nutzen Sie bitte die virtuelle Poststelle der SGD Nord. Unter www.sgdnord.rlp.de erhalten sie Hinweise zu deren Nutzung.



Die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist durch das öffentliche Netz der Verbandsgemeindewerke Montabaur sichergestellt.

Im Nordwesten fließt der Gelbach durch das Plangebiet. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht sollte, im Rahmen der Neuaufstellung des Bebauungsplanes, beidseitig ein 5,0 m breiter Gewässerrandstreifen zur Gewässerunterhaltung ausgewiesen werden.

Darüber hinaus weise ich auf Folgendes hin: Auf den Grundstücken 315/14 und 202/1 im Bodenschutzkataster des Landes Rheinland-Pfalz die Altablagerung mit der Erhebungsnummer 143 04 048 – 0216 ist die Altablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstraße, kartiert.

Laut Erhebungsbogen handelt sich hierbei handelt es sich um einen Bereich, der zur Ablagerung von Bauschutt, Erdaushub und Siedlungsabfällen genutzt wurde. Näheres können Sie dem in der Anlage beigefügten Lageplan und Erhebungsbogen entnehmen.

Hierbei handelt es sich um keine verifizierten Daten, die durch Untersuchungen belegt sind. Von daher können sich zu den Darstellungen zu Schadstoffinventar und Ausdehnung der Altablagerung Änderungen ergeben.

Eine Nutzung/Bebauung von Altablagerungen ist generell problematisch. Beeinträchtigungen (z.B. Standsicherheitsprobleme, aufwendigere Entsorgung von Aushubmassen, Deponiegasbildung, Grundwasserverunreinigungen etc.) sind nicht auszuschließen. Weiterhin ist zu beachten, dass durch die Nutzungsänderung eine eventuell später erforderlich werdende Sanierung nicht beeinträchtigt werden darf.

Aus diesem Grunde ist vor zukünftigen Baumaßnahmen oder Nutzungsänderungen in diesem Bereich ein Nachweis erforderlich, dass von der Altablagerung keine Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen ausgehen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen (§ 2 Abs. 3 BBodSchG) und somit auch für die Zukunft kein Sanierungsbedarf besteht.



Ferner müssen bei Altablagerungen die generelle Bebaubarkeit, die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Belange des Umweltschutzes gewährleistet sein (§ 1 BauGB).

Um die grundsätzlichen Bedenken gegen eine zukünftige Bebauung zurückstellen zu können, halte ich es für erforderlich, die v. g. Nachweise durch einen unabhängigen Gutachter zu erbringen. Das Gutachten muss dabei einerseits die Auswirkungen der Altablagerung auf die geplante Nutzungsänderung beurteilen und andererseits auch begründete Aussagen über eine eventuell später auf Grund anderer Rechtsgrundlagen durchzuführenden Sanierung der Altablagerung (z.B. aus Gewässerschutzgründen) beinhalten.

Bei den Untersuchungen sind die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) und ergänzend hierzu die ALEX Informationsblätter des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht zu beachten. Bei der Beurteilung sind vorrangig die Prüf- und Maßnahmewerte der BBodSchV heranzuziehen. Soweit in der BBodSchV keine Werte genannt sind, und diese auch nicht gemäß der "Bekanntmachung über Methoden und Maßstäbe für die Ableitung der Prüf- und Maßnahmewerte nach der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung" abgeleitet werden können, können hilfsweise die Z 0 - Werte der LAGA TR Boden, herangezogen werden.

Die SGD Nord ist nach § 15 Abs. 1 BBodSchG i.V.m. der Landesverordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Bodenschutzgesetzes sowie § 13 Abs. 3 LBodSchG für die fachliche Überwachung der in ihrem Bereich liegenden Altablagerungsstellen zuständig. Sie führt für Altablagerungen gemäß § 11 Abs. 2 LBodSchG die Erfassungsbewertung durch und veranlasst bei Altlastverdacht die notwendigen Gefahrerforschungsmaßnahmen (§ 9 BBodSchG i.V.m. § 11 Abs. 3 LBodSchG).

Für die Altablagerungsstelle 143 04 048 - 0216 sind aus Prioritätsgründen kurz- und mittelfristig Gefahrerforschungsmaßnahmen nicht vorgesehen. Ich bin daher gehalten, die Vorlage von Gutachten vom Träger der Maßnahme zu fordern. Der Umfang der erforderlichen umweltgeologischen Untersuchungen ergibt sich dabei allerdings aus den einschlägigen baurechtlichen Bestimmungen. Die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbe-



völkerung sowie die Belange des Umweltschutzes, insbesondere des Naturhaushaltes, des Wassers, der Luft und des Bodens (§ 1 BauGB) sind im baurechtlichen Verfahren sicherzustellen.

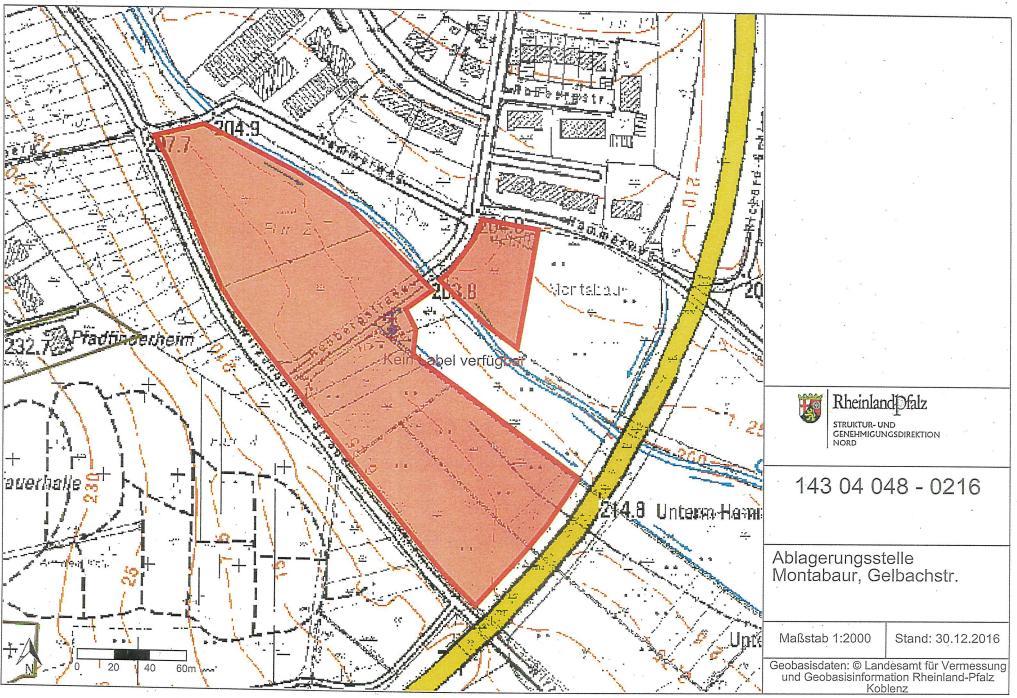
Das Gutachten ist der SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft Abfallwirtschaft Bodenschutz in Montabaur vorzulegen.

Da durch die Anpassungen ansonsten keine wasserrechtlichen Belange berührt sind wird bei Beachtung des Vorgenannten der Neuaufstellung des Bebauungsplans "Sommerwiese" zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Thomas Meyer



Anlag e





Reportausgabe Bodenschutzkataster (BoKat)

Report A1: Detaildaten zu Bodenschutzflächen (behördeninterne Vollausgabe)

Liste der für die Ausgabe berücksichtigten Bodenschutzflächen und Bearbeitungsstände

lfd. Nr.	BWS 0 - 4	Registriernummer	Bezeichnung	Einstufung
1.1	0	143 04 048 - 0216 / 000 - 00	Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.	[pALG av]
2.1	1	143 04 048 - 0216 / 000 - 00	Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.	ALG av

Legende

- Beim Reportaufruf selektierte Bodenschutzfläche und Bearbeitungsstand.
- 0 zugehörige Vorgänger-/Folgefläche zu einer beim Reportaufruf selektierten Bodenschutzfläche*

^{*=} Es ist zu beachten, dass je nach den userbezogenen Zugriffsrechten, nicht alle Bearbeitungsstände einer Fläche bzw. zugehörige Vorgänger-, oder Folgeflächen innerhalb des Reports ausgegeben werden können. Bei einem eingeschränkten Zugriffsrecht, werden die nicht zugänglichen Datensätze in der obigen Tabellendarstellung ausgeblendet und nicht angezeigt.

selektierte Reportparameter zum Ausgabeumfang

\times	nur Ausgabe der Daten zur aufrufenden Fläche
	Bei BWS 0 Flächen, nur Ausgabe der Basisdaten (ohne Detaildaten)
	Bei BWS 1 - 4 Flächen, nur Ausgabe der Basisdaten (ohne Detaildaten)
	Ausgabe mit topographischer Karte (M 1 : 25.000)
\times	Ausgabe mit Liegenschaftskarte (M < 1 : 10.000)
	Ausgabe mit Liste der betroffenen Flurstücke zur jeweiligen Fläche
	Ausgabe mit Liste der betroffenen Bodenschutzflächen zur jeweiligen Fläch
	Ausgabe mit Liste der Vorgänge zur jeweiligen Fläche
	Ausgabe mit Liste der Archivdaten zur jeweiligen Fläche
	Ausgabe mit Liste der veralteten Registriernummern und Bezeichnungen
\times	Fußzeile "nur für den internen Dienstgebrauch" einblenden
\boxtimes	Bei Abschnitten ohne Daten keine Details darstellen

Reportabschnitt: Basisdaten zur Fläche

Lfd.-Nr. 1.1

BWS0, 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; [pALG av] (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

0. BWS 0: Vertiefende Erfassung

Bearbeitungsstand 0.:

24.10.1997 - 18.11.2016; nicht zertifiziert

0.1 Allgemeine Flächendaten

Bearbeitungsstand 0.1:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Registriernummer

143 04 048 - 0216 / 000 - 00

B: Flächenbezeichnung

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.

C: Nutzungsart

Ablagerung (unspezifisch)

Fallkategorie

D: UTM-Fangpunktkoordinate (Zone 32N)

Ostwert: 417.613

Nordwert:

587 348

Fangpunktkoordinate aus Handeintragung

E: Flächengröße

F: Sicherheit Lage / Flächenabgrenzung

Abgrenzung sicher

G: Bemerkungen zu 0.1

zu 0.1C (Nutzungsart): ursprüngliche erfasst als <Erdaushub-/Bauschuttdeponie>; <Ablagerungsstelle, Art und Herkunft ubekannt>

0.2 Beurteilungsvorschlag für Fläche

Bearbeitungsstand 0.2:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Flächentyp

potentielle Altablagerungen

Beurteilungsvorschlag

potentielle Altablagerung, altlastverdächtig [pALG av]

B: Zusammenfassung unter

C: Datum Beurteilung / Bewertungsdatum

05.11.1997

D: Bewertungsergebnis

bodenschutzrelevante Fläche

E: Bemerkungen zu 0.2





Reportausgabe Bodenschutzkataster (BoKat)

BoKat-Report A1; Subreport für Bodenschutzfläche Ifd.-Nr. 1.1

Registriernummer:

143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Flächenbezeichnung:

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.

letzte Flächeneinstufung:

BWS 1: Altablagerung, altlastverdächtig (-> BWS 2);

ALG av

Lage in der Verwaltungseinheit:

Montabaur

betroffene Bearbeitungsstufen:

BWS 0, BWS 1

Stand der Zertifizierung:

Flächendaten nicht zertifiziert

Geometriedaten nicht zertifiziert

Lfd.-Nr. 1.1

BWS0, 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; [pALG av] (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

0.3 Angaben zur Zuständigkeit und zum Vollzug

Bearbeitungsstand 0.3:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

- A: Rechtsgrundlage für Vollzug
- B: Zuständige Behörde (nach LBodSchG)
- C: federführende Stelle (in Abweichung zu 0.3B)
- D: externe Bearbeitung durch

Ingenieurbüro Dr. Björnsen, Koblenz

- E: Aktenzeichen
- F: Bemerkungen zu 0.3

0.4 Weitere Flächendaten

0.4.1 Bereits durchgeführte Maßnahmen (Sanierung, etc.)

Bearbeitungsstand 0.4.1:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Bearbeitungs-/Datenbestand

0 Datensätze erfasst

B: Bemerkungen zu 0.4.1

0.4.2 Festgestellte Schadstoffe/-gruppen, Belastungen und betroffene Medien

Bearbeitungsstand 0.4.2:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Bearbeitungs-/Datenbestand

0 Datensätze erfasst

B: Bemerkungen zu 0.4.2

0.5 Weitere Detaildaten zur Erfassung

0.5.1 Allgemeine Daten zum EB

Bearbeitungsstand 0.5.1:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Erfassungszeitraum (von / bis)

von: unbekannt

/ bis: 00.00.1989

B: älteste bekannte NE

00.00.1980

C: wurden NE festgestellt?

Nein

D: Herkunft der Erfassungsdaten

Altablagerungen (Alt)

E: Bemerkungen zu 0.5.1

Lfd.-Nr. 1.1

BWS0, 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; [pALG av] (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

0.5.2 Naturräumliche Gegebenheiten (Morphologie, Geologie, etc.) [Daten des zugehörigen EB]

Bearbeitungsstand 0.5.2:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

- A: Geländehöhe (m ü. NN)
- B: Angaben zur Morphologie

Talboden

C: Angaben zur Geologie

Art des Untergrundes: Lockergestein über Kluftgestein; Gesteinsart: Auelehm über Devon

D: Angaben zur Hydrogeologie

Flurabstand: 1 m; Fließrichtung: SO

- E: Angaben zur Hydrologie
- F: Bemerkungen zu 0.5.2

0.5.3 Betroffene Betriebe [Daten des zugehörigen EB bzw. der zugehörigen NE]

Bearbeitungsstand 0.5.3:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Bearbeitungs-/Datenbestand

1 Datensatz erfasst (Detaildaten siehe gesonderte Datensatzliste zu x.5.3)

B: Bemerkungen zu 0.5.3

0.5.4 Berührung sensibler Bereiche / Nutzungen [Daten zum zugehörigen EB bzw. der zugehörigen NE]

Bearbeitungsstand 0.5.4:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Bearbeitungs-/Datenbestand

4 Datensätze erfasst (Detaildaten siehe gesonderte Datensatzliste zu x.5.4)

B: Bemerkungen zu 0.5.4

0.5.5 Detailbeschreibung der Nutzung und Nutzungshistorie

Bearbeitungsstand 0.5.5:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Datenbestand

Flächendaten vorhanden

B: Beschreibungstext

keine Angaben zum Anteil der Oberflächenabdeckung; vollständige Rekultivierung; Bewuchs der Fläche, bzw. Flächennutzung: Gras, Kraut

C: Bemerkungen zu 0.5.5

Lfd.-Nr. 1.1

BWS0, 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; [pALG av] (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

0.5.6 Zusatz-/Detaildaten zur Fläche (Lage und Ausdehnung, etc.)

Bearbeitungsstand 0.5.6:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Nutzungszeitraum (von / bis)

von: unbekannt

bis: 00.00.1980

umweltrelevante Vor-/Nachnutzung

Vornutzung: Nein

Nachnutzung: Nein

Größe und Leistung (bei Anlagen)

D: Lagebeschreibung

Gelbachstraße

Durchschnittstiefe/-mächtigkeit (m)

2 Angaben: geschätzt

Angaben vom: 06.04.1989

maximale Tiefe / Mächtigkeit (m)

Angaben:

geschätzt

Angaben vom: 06.04.1989

Volumen (m³)

45000 Angaben: geschätzt

Angaben vom: 06.04.1989

Bemerkungen zu 0.5.6

0.5.7 Betriebsgenehmigungen und Stilllegungsmaßnahmen

Bearbeitungsstand 0.5.7:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Bearbeitungs-/Datenbestand

Datensätze erfasst

B: Bemerkungen zu 0.5.7

0.5.8 Angaben zum Umgang, Verbleib oder Entsorgung umweltrelevanter Stoffe

Bearbeitungsstand 0.5.8:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Bearbeitungs-/Datenbestand

4 Datensätze erfasst (Detaildaten siehe gesonderte Datensatzliste zu x.5.8)

Bemerkungen zu 0.5.8

0.5.9 Bekannte Schäden, Verunreinigungen oder besondere Ereignisse

Bearbeitungsstand 0.5.9:

24.10.1997 - 18.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

Bearbeitungs-/Datenbestand

0 Datensätze erfasst

Bemerkungen zu 0.5.9

Lfd.-Nr. 1.1

BWS0, 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; [pALG av] (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

Reportabschnitt: Detaildaten zur Fläche

zu Punkt 0.4.1 A: Bereits durchgeführte Maßnahmen (Sanierung, etc.)

Keine Daten vorhanden

zu Punkt 0.4.2 A: festgestellte Schadstoffe/-gruppen, Belastungen und betroffene Medien

Keine Daten vorhanden

zu Punkt 0.5.3 A: Betroffene Betriebe

Detaildaten zu Datensatz 1 / 1:

Stand:

25.10.997 - 25.10.97

1.: Betriebsnummer

2.: Firmenname

Fa. Gebr. Görg, Montabaur

3.: Inhaber / Betreiber (Nach- Vorname)

Fa. Gebr. Görg, Montabaur

4.: Nutzungsart

5.: Gesamtbetriebs- / Anmeldezeitraum

von:

/ bis:

6.: Straße / Hausnummer (Zusatz)

Gelbachstraße

zu Punkt 0.5.4 A: Berührung sensibler Bereiche / Nutzungen

Lfd.-Nr. Gruppe

Bezeichnung

Lage

Bemerkungen

land-/forstwirtschaftlich

Weide/Grünland

innerhalb

2 land-/forstwirtschaftlich

forstwirtschaftliche Fläche

außerhalb

3 a

anthropogen Bebauung

innerhalb

4

land-/forstwirtschaftlich

Ödland

innerhalb

zu Punkt 0.5.7 A: Betriebsgenehmigungen und Stilllegungsmaßnahmen

Keine Daten vorhanden

Lfd.-Nr. 1.1

BWS0, 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; [pALG av] (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

zu Punkt 0.5.8 A: Angaben zum Umgang, Verbleib oder Entsorgung umweltrelevanter Stoffe

Detaildaten zu Datensatz 1 / 4:

Stand:

28.11.06 - 11.11.16

1.: Stoffkategorie

Abfall

2.: Stoff / -gruppe

Siedlungsabfälle; Haus-, Sperr-, Gewerbemüll (hausmüllähnl.)

3.: Mengenangaben

4.: Sicherheit der Angaben

gesichert

5.: Verbleib und Behandlung

Ablagerung auf dem Gelände (Lage unbekannt)

6.: Gesamtbetriebs- / Anmeldezeitraum

n: unbekannt

/ bis: unbekannt

7.: Bemerkungen zum Datensatz

Detaildaten zu Datensatz 2 / 4:

Stand:

28.11.06 - 11.11.16

1.: Stoffkategorie

Abfall

2.: Stoff / -gruppe

Bauschutt, Erdaushub

3.: Mengenangaben

4.: Sicherheit der Angaben

gesichert

5.: Verbleib und Behandlung

Ablagerung auf dem Gelände (Lage unbekannt)

6.: Gesamtbetriebs- / Anmeldezeitraum

von: unbekannt

/ bis:

unbekannt

7.: Bemerkungen zum Datensatz

Detaildaten zu Datensatz 3 / 4:

Stand:

28.11.06 - 11.11.16

1.: Stoffkategorie

Wasser

2.: Stoff / -gruppe

Sickerwasser

3.: Mengenangaben

4.: Sicherheit der Angaben

5.: Verbleib und Behandlung

Ableitung in ein Oberflächengewässer (Vorflut)

6.: Gesamtbetriebs- / Anmeldezeitraum

von: unbekannt

/ bis:

unbekannt

7.: Bemerkungen zum Datensatz

Detaildaten zu Datensatz 4 / 4:

Lfd.-Nr. 1.1

BWS0, 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; [pALG av] (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

Stand:

28.11.06 - 11.11.16

1.: Stoffkategorie

Wasser

2.: Stoff / -gruppe

Sickerwasser

3.: Mengenangaben

4.: Sicherheit der Angaben

5.: Verbleib und Behandlung

Flächige Versickerung auf der Fläche

6.: Gesamtbetriebs- / Anmeldezeitraum

von: unbekannt

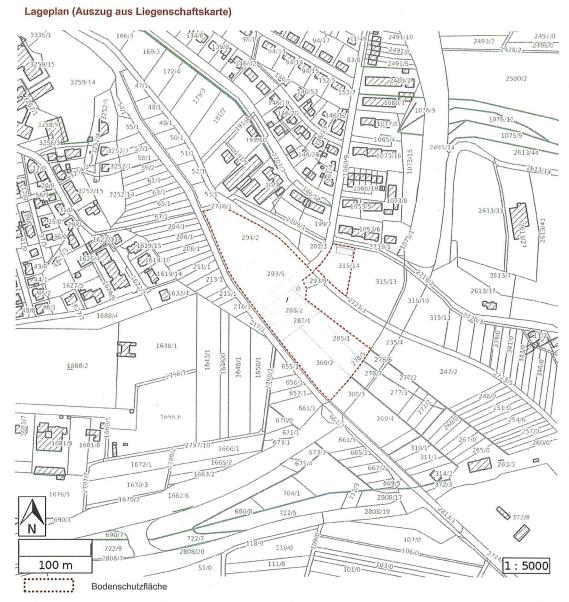
/ bis: unbekannt

7.: Bemerkungen zum Datensatz

zu Punkt 0.5.9 A: Detaildaten zu bekannten Schäden, Verunreinigungen, oder besondere Ereignisse

Keine Daten vorhanden

Report A1: Detaildaten zu Bodenschutzflächen (behördeninterne Vollausgabe)



Kartenausgabe zu Bodenschutzfläche 1.1

A: Flächengeometrie der Bewertungsstufe	BWS 0
B: Registriernummer	143 04 048 - 0216 / 000 - 00
C: Flächenbezeichnung	Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.
D: Lage in der Verwaltungseinheit	Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis
E: Flächeneinstufung	potentielle Altablagerung, altlastverdächtig
F: UTM-Fangpunktkoordinate	Ostwert: 417.613 / Nordwert: 5.587.348
G: Flächengröße	Fangpunktkoordinate aus Handeintragung

H: Sicherheit der Abgrenzung

I: Flächenzertifizierung / Datum

Nein /

Geometriedaten

Abgrenzung sicher

Flächendaten:

Nein /





Reportausgabe Bodenschutzkataster (BoKat)

BoKat-Report A1; Subreport für Bodenschutzfläche Ifd.-Nr. 2.1

Registriernummer: 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Flächenbezeichnung: Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.

letzte Flächeneinstufung:

BWS 1: Altablagerung, altlastverdächtig (-> BWS 2);

ALG av

Lage in der Verwaltungseinheit: Montabaur

betroffene Bearbeitungsstufen: BWS 0, BWS 1

Stand der Zertifizierung: Flächendaten nicht zertifiziert

Geometriedaten nicht zertifiziert

Reportabschnitt: Basisdaten zur Fläche

Lfd.-Nr. 2.1

BWS1, 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; ALG av (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

1. BWS 1: Daten zur Erfassungsbewertung

Bearbeitungsstand 1.:

09.01.2002 - 11.11.2016; nicht zertifiziert

1.1 Allgemeine Flächendaten

Bearbeitungsstand 1.1:

09.01.2002 - 11.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Registriernummer

143 04 048 - 0216 / 000 - 00

B: Flächenbezeichnung

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.

C: Nutzungsart

Ablagerung (unspezifisch)

D: UTM-Fangpunktkoordinate (Zone 32N)

Ostwert: 417.613

Nordwert: 5.587.348

Fangpunktkoordinate aus Handeintragung

E: Flächengröße

F: Sicherheit der Flächenabgrenzung

Abgrenzung sicher

G: Bemerkungen zu 1.1

Daten entstammen der automatisierten Flächenbewertung von Altablagerungen.

1.2 Flächeneinstufung (Verdachtsstatus BWS 1)

Bearbeitungsstand 1.2:

09.01.2002 - 11.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Flächentyp

Altablagerungen

Flächeneinstufung

Altablagerung, altlastverdächtig (-> BWS 2) ALG av

- B: Zusammenfassung unter
- C: Einstufungsdatum
- D: Begründung

Auflagen

E: Bemerkungen zu 1.2

Priorisierungsgruppe: 78

1.3 Angaben zur Zuständigkeit und zum Vollzug

keine Daten vorhanden

Lfd.-Nr. 2.1

BWS1, 143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; ALG av (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

1.4 Weitere Flächendaten

1.4.1 Aktuelle und bereits durchgeführte Maßnahmen (Daten aus der Erfassung)

Bearbeitungsstand 1.4.1:

09.01.2002 - 11.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Bearbeitungs-/Datenbestand

0 Datensätze erfasst

B: Bemerkungen zu 1.4.1

1.4.2 Erfassungsdaten zu festgestellten Schadstoffen/-gruppen, Belastungen und betroffenen Medien

Bearbeitungsstand 1.4.2:

09.01.2002 - 11.11.2016; Bearbeitung abgeschlossen

A: Bearbeitungs-/Datenbestand

0 Datensätze erfasst

B: Bemerkungen zu 1.4.2

<u>Lfd.-Nr. 2.1</u> BWS1, **143 04 048 - 0216 / 000 - 00**

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.; ALG av (Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis)

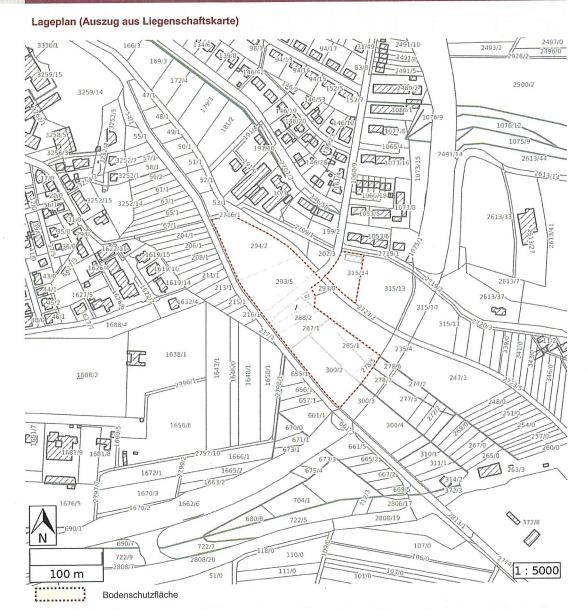
Reportabschnitt: Detaildaten zur Fläche

zu Punkt 1.4.1 A: Aktuelle und bereits durchgeführte Maßnahmen (Sanierung, etc.)

Keine Daten vorhanden

zu Punkt 1.4.2 A: Erfassungsdaten zu Schadstoffen/-gruppen, Belastungen und betroffene Medien

Keine Daten vorhanden



Kartenausgabe zu Bodenschutzfläche 2.1

A: Flächengeometrie	der	Bewertungsstufe

B: Registriernummer

C: Flächenbezeichnung

D: Lage in der Verwaltungseinheit

E: Flächeneinstufung

F: UTM-Fangpunktkoordinate

G: Flächengröße

H: Sicherheit der Abgrenzung

I: Flächenzertifizierung / Datum

BWS 1

143 04 048 - 0216 / 000 - 00

Ablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstr.

Montabaur; VG Montabaur; LK Westerwaldkreis

Altablagerung, altlastverdächtig (-> BWS 2)

Ostwert: 417.613

/ Nordwert:

5.587.348

Fangpunktkoordinate aus Handeintragung

Nein /

Abgrenzung sicher

Flächendaten:

Geometriedaten

Nein /



Kreisverwaltung des Westerwaldkreises in Montabaur



Kreisverwaltung des Westerwaldkreises · 56409 Montabaur

Verbandsgemeindeverwaltung Konrad-Adenauer-Platz 8

56410 Montabaur

Peter-Altmeier-Platz 1 56410 Montabaur

Telefon: 02602 124-0 Telefax: 02602 124-238

www.westerwaldkreis.de kreisverwaltung@westerwaldkreis.de

Servicezeiten (durchgehend): Montags bis donnerstags von 7.30 bis 16.30 Uhr. freitags von 7.30 bis 13.00 Uhr. Weitere Termine nach Vereinbarung.

Telefon (Fax)

E-Mail

volker.schwenk@westerwaldkreis.de

Rückfragen an

Herrn Volker Schwenk

Abt./Az. 2/20-610-13/4.69.115 Datum

21.12.2016

Dortiges Az.: 2.1/Be

02602 124-480 (510)

Bauleitplanung der Stadt Montabaur

- Bebauungsplan "Sommerwiese" -

Ihr Schreiben vom 09.11.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Naturschutzbehörde stellt fest, dass der Bebauungsplan "Sommerwiese" die Altbebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I" und. "Am Roßberg II" ersetzt. Diese Gebiete sind von klimatisch bedeutsamen Grünstrukturen zwischen den Bauzeilen entlang der Limburger-, Kopernikus- und Eichendorfstraße geprägt. Sie sind als "zu erhalten und nach Abgang gleichartig zu ersetzen" festzusetzen. Für die Bereiche Roßbergergerstraße/Hammerweg und Karl Siebert/ Jakob-Hannappel-Straße sind Mindestdurchgrünungsstandarts festzusetzen.

Weitere Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrad

Volker Schwenk)





TELEFAX

Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz Postfach 10 02 55 | 55133 Mainz

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur Postfach 12 62 56402 Montabaur

MSIM

Emy-Roeder-Straße 5 55129 Mainz Telefon 06131 9254-0 Telefax 06131 9254-123 Mail: office@lgb-rlp.de www.lgb-rlp.de

23.12.2016

Mein Aktenzelchen Ihr Schreiben vom Bitte immer angeben! 09.11.2016 3240-0655-09/V3 2,1/Be kp/mwa

Telefon

Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht des Landesamtes für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz (LGB) werden genannten Planvorhaben folgende Anregungen, Hinweise Bewertungen gegeben:

Bergbau / Altbergbau:

Die Prüfung der hier vorhandenen Unterlagen ergab, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Sommerwiese", die Geltungsbereiche der Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II sowie die Ergänzungssatzung "Hammerweg" von dem auf Braunkohle verliehenen, bereits erloschenen Bergwerksfeld "Germania IX" überdeckt werden. Aktuelle Kenntnisse über die letzte Eigentümerin liegen hier nicht vor.

Über tatsächlich erfolgten Abbau in diesem Bergwerksfeld liegen unserer Behörde keine Dokumentationen oder Hinweise vor. In dem in Rede stehenden Gebiet erfolgt kein aktueller Bergbau unter Bergaufsicht.

Bankverbindung: Bundesbank Filiale Ludwigshafen **BIC MARKDEF1545** IBAN DE 79 545 000 000 054 501 505 Ust. Nr. 26/673/0138/6

02/02

Boden und Baugrund

- allgemein:

Der Hinweis auf die einschlägigen Baugrund-Normen sowie die Empfehlung von Baugrunduntersuchungen in den Textlichen Festsetzungen unter VI.1 werden fachlich bestätigt.

- mineralische Rohstoffe:

Gegen das geplante Vorhaben bestehen aus rohstoffgeologischer Sicht keine Einwände.

- Radonprognose:

In dem Plangebiet liegen dem LGB zurzeit keine Daten vor, die eine Einschätzung des Radonpotenzials ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. Georg Wieber)

Direktor

G:\prinz\240655093.docx



Stellungnahme

Fachbereich 3 - VG-Werke

Montabaur, 30.12.2016

zum Bebauungsplan

"Sommerwiese, Am Roßberg I und II, Hammerweg", Montabaur

- Aufstellung/Aufhebung/Ergänzungssatzung

Offenlage/Beteiligung: vom 28.11.2016 bis 30.12.2016

Verteiler:

- F2

- Sachbearbeiter F 3 - s. unten

- Sammelakte F3

für die Bereiche

1	Straßenbau	Sach- bearbeiter	Bearbeitungs- datum
1.1	Straßenbau – Technik		
	keine Einwendungen	Kirchhöfer	22.11.2016
1.2	Straßenbau – Beiträge		
	keine Einwendungen	Völker	24.11.2016
1.3	Straßenbau – Beleuchtung		
	keine Einwendungen	Lau Mathias	22.112016
2	Wasserversorgung		
2.1	Wasserversorgung – Technik		
	keine Einwendungen	Lau Markus	08.12.2016
2.2	Wasserversorgung – Entgelte		
	keine Einwendungen	Fasel	14.12.2016
3	Abwasserbeseitigung		
3.1	Abwasserbeseitigung – Technik		
	Aufgrund der gewählten Grundflächenzahl kann es zu hydrulischen Überlastungen der Kanäle kommen.	Häuser	22.12.2016
3.2	Abwasserbeseitigung – Entgelte		
	Was bedeuten die lila-rosa-farbenen Linien im Plan, teilw. gestrichelt und mit Rauten?	Fasel Wolf	20.12.2016 20.12.2016
	In der Legende fehlt die Bezeichnung der dargestellten Hochwasserlinie.		
	Im B-Plan fehlen die Bezeichnungen A,B,C und die GRZ,GFZ und VG - die in den Textfestsetzungen erwähnt sind.		
	Das Baufenster tangiert in der Roßbergstraße die Parzellen		

	1096/9 und die Grabenparzelle 2941/1 die außerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes liegen. Die Parzelle 315/14 wird als Gewerbegebiet ausgewiesen, jedoch ohne Baufenster. Aufgrund der Überplanung der Grundstücksflächen fällt teilweise die Tiefenbegrenzung weg und die Grundflächenzahl wird erhöht, sodass die Beitragslast für wiederkehrende Beiträge Niederschlags- und Schmutzwasser steigen wird.		
4	Sonstiges (Außengebietsentwässerung, Felddrainagen etc.) keine Einwendungen	Kirchhöfer	22.11.2016

Häuser, stellv. Werkleiter



Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Postfach 20 10 53, 56010 Koblenz

Verbandsgemeindeverwaltung

Montabaur

Postfach 12 62

56402 Montabaur

Postanschrift:

Postfach 20 10 53 56010 Koblenz

Hausanschrift:

Peter Klöckner Straße 3

56073 Koblenz

Telefon: 02 61 / 9 15 93 - 0

Telefax: 02 61 / 9 15 93 - 233 koblenz@lwk-rlp.de

e-mail:

Internet: www.lwk-rlp.de

Ihr Aktenzeichen

14 - 0403

Unser Aktenzeichen Auskunft erteilt - Durchwahl E-Mail Sabrina Klöckner- 245

Datum 06.12.2016

sabrina.kloeckner@lwkrlp.de

Ihr Schreiben vom

09.11.2016

2.1/Be

Bauleitplanung der Stadt Montabaur;

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", " Am Roßberg", " Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg" gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen den o.g. Bebauungsplan "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", " Am Roßberg", " Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur tragen wir seitens unserer Dienststelle aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken vor.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Sabrina Klöckner

Becher, Gerd

Von:

koordinationsanfragen@KabelDeutschland.de

Gesendet: Mittwoch, 14. Dezember 2016 15:53

An:

Becher, Gerd

Betreff:

Stellungnahme S00382731, Bauleitplanung der Stadt Montabaur, Aufstellung des

Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne

"Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung

"Hammerweg"

Vodafone Kabel Deutschland GmbH Zurmaiener Str. 175 * 54292 Trier

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur - Gerd Becher Konrad-Adenauer-Platz 8 56410 Montabaur

Zeichen: Netzplanung, Stellungnahme Nr.: S00382731 E-Mail: <u>Planung NE3 Trier@KabelDeutschland.de</u>

Datum: 14.12.2016

Bauleitplanung der Stadt Montabaur, Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg"

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 09.11.2016.

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone Kabel Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Mit freundlichen Grüßen Vodafone Kabel Deutschland GmbH

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Informationen zu unseren Produkten und Services fuer Privatkunden finden Sie unter <u>www.vodafone.de</u>, fuer Geschaeftskunden der Immobilienwirtschaft und Mehrfamilienhauseigentuemer unter <u>www.kabeldeutschland.de/wohnungsunternehmen</u>.

Die gesetzlichen Pflichtangaben finden Sie unter www.vodafone.de/pflichtangaben



ELEKTRONISCHER BRIEF

E-Mail: gbecher@montabaur.de

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur Konrad-Adenauer-Platz 8 56410 Montabaur Bahnhofstraße 32 56410 Montabaur Telefon 02602 9228-0 Telefax 02602 9228-27 dlr-ww-oe@dlr.rlp.de www.dlr-westerwaldosteifel.rlp.de

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom GA08_910/Montabaur
Bitte immer angeben!

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Paul Hahn

Telefon 02602 9228602

15. Dezember 2016

Bauleitplanung

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg" gemäß § 4 I BauGB

Dort. Schreiben vom 09.11.2016 - 2.1/Be -

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus flurbereinigungstechnischer, agrarstruktureller und siedlungsbehördlicher Sicht bestehen gegen die o.a. Planung keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

gez. Paul Hahn



Landesbetrieb Mobilität Diez, Postfach 15 29, 65574 Diez Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur Postfach 1262

56402 Montabaur

Ihre Nachricht: vom 09.11.2016 2.1/Be Unser Zeichen: (bitte stets angeben) L-XX-1e-643/16 IV 40a

Ihre Ansprechpartnerin: Birgit Otto E-Mail: birgit.otto @Lbm-diez.rlp.de Durchwahl: (06432) 92006-5440 Fax: (0261) 29 141-4843 Datum: 14. Dezember 2016

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung der Bauleitplanung gem. § 4 Abs. 1 BauGB

<u>hier:</u> Aufstellung des Bebauungsplans "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 09.11.2016 haben Sie uns um Stellungnahme zu der Aufstellung des Bebauungsplans "Sommerwiese" unter gleichzeitiger Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur gebeten.

Die aufzuhebenden Bebauungspläne stammen aus den Jahren 1952 bis 1976. Aufgrund von Formfehlern in der Vergangenheit sind diese Bebauungspläne einschließlich deren Änderungen ungültig.

Daher soll der Planbereich aller Bebauungspläne zusammengefasst und der Bebauungsplan "Sommerwiese" neu aufgestellt werden.

Das Plangebiet befindet sich überwiegend an den freien Strecken der nördlich gelegenen L 313 sowie der östlich gelegenen B 49.

Die Neuaufstellung stellt daher zunächst im Wesentlichen den derzeitigen Bestand der Bebauung dar.

Sie soll jedoch auch ggf. Art und Maß der baulichen Nutzung, die überbaubaren Flächen sowie die Zahl der Wohneinheiten neu regeln, um auf die Erneuerung und Fortentwicklung vorhandener Plangebiete unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren zu können.

Der Aufstellung des o.a. Bebauungsplans kann von Seiten des Landesbetrieb Mobilität Diez zugestimmt werden, sofern die nachfolgend aufgeführten straßenrechtlichen Belange beachtet werden:

Besucher: Goethestr.9, 65582 Diez Fon: (06432) 92006-0 Fax: (06432) 92006-5999

Web: www.lbm.rlp.de

Bankverbindung: Rheinland-Pfalz Bank (LBBW)

IBAN: DE23600501017401507624 BIC: SOLADEST600 Geschäftsführung:
Dipl.-Ing. Alfred Dreher

Rheinland Dfalz

1. Für neue bauliche Anlagen entlang der freien Strecke der B 49 sowie der L 313 ist der in. § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. § 22 Abs. 1 des Landesstraßengesetzes (LStrG) zwingend vorgeschriebene Abstand von mindestens 20 m, gemessen vom äußeren befestigten Fahrbahnrand der Bundes-/Landesstraße einzuhalten (Bauverbotszone).

Dies entspricht in etwa auch dem derzeitigen Bestand.

- 2. Neu geplante Abgrabungen und Aufschüttungen im Bereich der Bauverbotszone sind dem Landesbetrieb Mobilität Diez mit Planunterlagen gesondert zur Genehmigung vorzulegen.
- 3. Die Stadt Montabaur hat durch entsprechende Festsetzungen in der Planurkunde bzw. in den textlichen Festsetzungen zum o.a. Bebauungsplan den Erfordernissen des BauGB zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung bzw. Minderung solcher Einwirkungen für die zu treffenden baulichen und sonstigen technischen Vorkehrungen im Innen- und Außenwohnbereich in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen.

Die hierzu erforderlichen Nachweise sind durch die Trägerin der Bauleitplanung in eigener Verantwortung zu erbringen. Sie trägt die Gewähr für die Richtigkeit der schalltechnischen Beurteilung.

Die Stadt Montabaur hat mit der Festsetzung bzw. Durchführung der infolge der Bauleitplanung erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen auch sicher zu stellen, dass der Straßenbaulastträger bei einem künftigen Neubau oder der wesentlichen Änderung der Bundes-/Landesstraße nur insoweit Lärmschutzmaßnahmen zu betreiben hat, als diese über das hinausgehen, was die Stadt im Zusammenhang mit der Bauleitplanung bereits hätte regeln müssen.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund einer eventuell geplanten Neufestsetzung der Art der baulichen Nutzung.

4. Aus unserer Sicht müsste auch die Aufhebung der Ergänzungssatzung Flur 2-Rossbergstraße erfolgen, da diese nunmehr vollständig im Geltungsbereich des neuen Bebauungsplans "Sommerwiese" liegt. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens waren wir bei der Aufstellung der Ergänzungssatzung in 2014 zur Stellungnahme aufgefordert.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Im Auftrag

Jürgen Will

Birgit Otto





REGIONALSTELLE WASSERWIRTSCHAFT, ABFALLWIRTSCHAFT, **BODENSCHUTZ**

Kirchstraße 45 56410 Montabaur Telefon 02602 152-0 Telefax 02602 152-4100 Poststelle@sgdnord.rlp.de www.sgdnord.rlp.de

15.12.2020

Mein Aktenzeichen Az. 33-1/00/27.14 Bitte immer angeben! Ihr Schreiben vom Ansprechpartner(in)/ E-Mail 09.11.2020

Thomas Meuer thomas.meuer@sqdnord.rlp.de Telefon/Fax 02602 152-4132 0261 120-884132

Bauleitplanung der Stadt Montabaur

Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" sowie der Ergänzungssatzung "Hammerweg"

Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Sehr geehrte Damen und Herren,

das o.g. Bauleitverfahren soll der Behebung der Formfehler und einer rechtssicheren städtebaulichen Entwicklung inklusive einer möglichen Bebauungsnachverdichtung dienen. Als beteiligte Behörde haben wir mit dem Schreiben vom 03.01.2017 eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Diese behält weiterhin ihre Gültigkeit.

Ich bitte bei der weiteren Planung zu beachten, dass die Grundstücke 315/14 und 202/1 sowie teilweise die Roßbergstraße, Flurstück 2699/15, im Bodenschutzkataster des Landes Rheinland-Pfalz als Altablagerung mit der Erhebungsnummer 143 04 048 - 0216 (die Altablagerungsstelle Montabaur, Gelbachstraße) kartiert sind. Die Hinweise zum Umgang mit den Altablagerungen sind der Stellungnahme vom 03.01.2017 zu entnehmen.

1/2

Kernarbeitszeiten 09.00-12.00 Uhr 14.00-15.30 Uhr Freitag: 09.00-13.00 Uhr

Verkehrsanbindung ICE-Bahnhof Montabaur Linien 460, 462, 480, 481 Haltestelle Konrad-Adenauer-Platz Parkmöglichkeiten hinter dem Dienstgebäude (bitte an der Schranke klingeln), Kirchstraße, Parkplatz "Kalbswiese" an der Fröschpfortstraße



Ergänzend zu der vorhergegangenen Stellungnahme weise ich darauf hin, dass das Plangebiet vom Gelbach an zwei Stellen tangiert wird. Des Weiteren liegt der Planbereich z.T. im festgesetzten Überschwemmungsgebiet des Gelbachs, Gewässer III. Ordnung. In diesem Zusammenhang ist ein Nachweis für das 100 jährliche Niederschlagsereignis zu erbringen aus dem hervorgeht, wo die tatsächliche Überschwemmungsgrenze im jetzigen Plangebiet verläuft. Dieser Bereich ist grundsätzlich von einer Bebauung frei zu halten. Es wird darauf hingewiesen, dass Bebauungen im Gewässerrandbereich bzw. im Bereich des Überschwemmungsgebietes grundsätzlich einer wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Thomas Meuer

Westerwaldkreis

Kreisverwaltung des Westerwaldkreises in Montabaur



Peter-Altmeier-Platz I 56410 Montabaur

Telefon: 02602 124-0

Telefax: 02602 124-238

www.westerwaldkreis de

Öffnungszeiten (durchgehend): 7:30 bis 16:30 Uhr Di, Mi, Fr: 7:30 bis 12:30 Uhr

kreisverwaltung@westerwaldkreis.de

7:30 bis 17:30 Uhr Weitere Termine nach Vereinbarung

Kreisverwaltung des Westerwaldkreises • 56409 Montabaur

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur Konrad-Adenauer-Platz 8 56410 Montabaur

Verbandsgemeinde 5 Montabaur Eina. Beig. Rückfragen al

Telefon (Fax) 02602 - 124480 E-Mail

Thomas.Stahl@westerwaldkreis.de

Herrn Stahl

Abt. / Az.

Datum

2A /

610-13/ 4.69.115

Do:

07.01.2021

Bauleitplanung der Stadt Montabaur;

- Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese" alt, "Am Roßberg I, "Am Roßberg II" sowie der Ergänzungssatzung "Hammerweg"

Ihr Schreiben vom 09.11.2020, Ihr Zeichen: 2.1/Be

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend übersenden wir Ihnen die Stellungnahme der Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Koblenz, vom 09.12.2020 zur Kenntnis und Beachtung.

Aus baurechtlicher Sicht bestehen gegen die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplanes keine grundsätzlichen Bedenken. Wir möchten jedoch auf folgende 2 Punkte aufmerksam machen

Der vorliegende Bebauungsplanentwurf gliedert in den Textfestsetzungen die Gebietsarten in drei Teilbereiche mit den Buchstaben A bis C. Entgegen dem Wortlaut der Textfestsetzungen ist die Gliederung mit diesen Buchstaben jedoch nicht in die Planzeichnung übertragen worden. Die dort ausgewiesenen Teilbereiche "Allgemeines Wohngebiet", "Mischgebiet" "Gewerbegebiet" werden nur farblich unterschiedlich dargestellt.

Nach der Textfestsetzung Ziffer 1.3.1 sind in dem ausgewiesenen Mischgebiet kleinflächige Einzelhandelsbetriebe mit nicht zentrenrelevanten Sortimenten zulässig, wobei die Nutzung gemäß § 1 V BauNVO dahingehend eingeschränkt wird, dass zentrenrelevante Randsortimente in einem sachlichen Zusammenhang zum Hauptsortiment stehen müssen und auf maximal 10 % der Fläche des Hauptsortiments beschränkt werden.



Die Textfestsetzung lässt offen, was unter "nicht zentrenrelevanten Sortimenten" zu verstehen ist. Zur Abgrenzung der verwendeten Begriffe "zentrenrelevante Randsortimente" bzw. "nicht zentrenrelevante Sortimente sollte die in der Begründung angesprochene Sortimentsliste – Montabaurer Liste – in die Textfestsetzungen aufgenommen werden.

Die untere Naturschutzbehörde stellt fest, dass der Bebauungsplan "Sommerwiese" die Altbebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I" und "Am Roßberg II" ersetzt. Diese Gebiete sind von klimatisch bedeutsamen Grünstrukturen zwischen den Bauzeilen entlang der Limburger-, Herder, Kopernikus- und Eichendorfstraße geprägt. Sie sind als "zu erhalten und nach Abgang gleichartig zu ersetzen" festzusetzen. Für die Roßbergerstraße/Hammerweg und Karl Siebert/ Jakob Hannappel Straße Mindestdurchgrünungsstandarts festzusetzen.

Weitere Anregungen und Bedenken zu den Planunterlagen wurden nicht vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen

Stable

Im Auftrage:

(Thomas Stahl)



Direktion Landesarchäologie

Außenstelle Koblenz

Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz Direktion Landesarchäologie I Außenstelle Koblenz Niederberger Höhe 1 I 56077 Koblenz

Kreisverwaltung Westerwald Untere Denkmalschutzbehörde Peter-Altmeier-Platz 1 56410 Montabaur Niederberger Höhe 1 56077 Koblenz Telefon 0261 6675 3000 landesarchaeologie-koblenz @gdke.rlp.de www.gdke.rlp.de

Mein Aktenzeichen

Ihre Nachricht vom

Ansprechpartner / Email

Telefon

Datum

2020_0975 . 1 (bitte immer angeben)

23.11.2020

Achim Schmidt achim.schmidt@gdke.rlp.de

0261 6675 3028

09.12.2020

Projekt

Gemarkung

Bebauungsplan "Sommerwiese"

hier:

Aufstellung

Montabaur

Betreff

Archäologischer Sachstand

Erdarbeiten

Verdacht auf archäologische Fundstellen

Wir bitten um eine redaktionelle Ergänzung der Textfestsetzung um die Belange der Landesarchäologie. Wir möchten dadurch sichergestellt sehen, dass zukünftige Erdarbeiten (beispielsweise im Rahmen von Abbruch von Bestandsgebäuden und Neubau) in diesem Bereich durch Mitarbeiter unserer Dienststelle gesichtet werden können.

Erläuterungen zu archäologischem Sachstand

Verdacht auf archäologische Fundstellen

Bislang liegen der Direktion Landesarchäologie in diesem Bereich keine konkreten Hinweise auf archäologische Fundstellen vor. Allerdings stufen wir den Planungsbereich aus topographischen Gesichtspunkten als archäologische Verdachtsfläche ein. Dementsprechend können bei Bodeneingriffen bisher unbekannte archäologische Denkmäler zu Tage treten, die vor ihrer Zerstörung durch die Baumaßnahmen fachgerecht untersucht werden müssen.

Diese Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die Belange der Direktion Landesarchäologie. Eine Stellungnahme der Direktion Landesarchäologie, Referat Erdgeschichte (erdgeschichte@gdke.rlp.de) sowie der Direktion Landesdenkmalpflege (landesdenkmalpflege@gdke.rlp.de) muss gesondert eingeholt werden.

Bei Rückfragen stehen wir gerne unter der oben genannten Rufnummer oder Emailadresse zur Verfügung. Bitte geben Sie unser oben genanntes Aktenzeichen an.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Achim Schmidt



Stellungnahme

Fachbereich 3 - VG-Werke

Montabaur, 04.01.2021

zum Bebauungsplan

Aufstellung "Sommerwiese" und Aufhebung des BLP

"Sommerwiese", "Am Roßberg I", Am Roßberg II, sowie der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur

Offenlage/Beteiligung: vom 23.11.2020 bis 30.12.2020

Verteiler:

- F2

- Sachbearbeiter F 3 - s. unten

- Sammelakte F3

für die Bereiche

1	Straßenbau		Bearbeitungs- datum
1.1	Straßenbau – Technik		
	keine Einwendungen		22.12.2020
1.2	Straßenbau – Beiträge		
	in den neuen B-Plan müssen die städtischen Wegeflurstücke 2716/1, 2710/2 und 2723/1 (teilweise) einbezogen werden. Es handelt sich dabei um den sogen. "Hammerweg", der bereits seit Jahrzehnten dem öffentlichen Verkehr uneingeschränkt zur Verfügung steht, bis heute aber weder überplant noch den technischen sowie rechtlichen Anforderungen entsprechend erstmals hergestellt ist. Aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit ist eine Überplanung der vg. Flurstücke und die Festsetzung einer "öffentlichen Verkehrsanlage" m.E. zwingend	Völker	18.11.2020
1.3	Straßenbau – Beleuchtung		
	keine Einwendungen	Lau Mathias	18.11.2020
2	Wasserversorgung		
2.1	Wasserversorgung – Technik		
	keine Einwendungen	Lau Markus	18.11.2020
2.2	Wasserversorgung – Entgelte		
	keine Einwendungen	Fasel	08.12.2020
3	Abwasserbeseitigung		
3.1	Abwasserbeseitigung – Technik		
	keine Einwendungen	Häuser	30.11.2020
3.2	Abwasserbeseitigung – Entgelte		
	keine Einwendungen	Fasel Wolf	08.12.2020 30.12.2020

4	Sonstiges etc.)	(Außengebietsentwässerung,	Felddrainagen	Sönmez-	22.12.2020
	keine Einwendungen			Laux	22.12.2020

Klute, Werkleiter

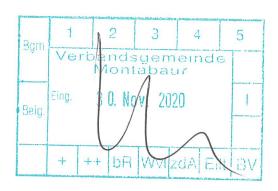


LANDESBETRIEB MOBILITÄT DIEZ

Landesbetrieb Mobilität Diez, Postfach 15 29, 65574 Diez

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur Postfach 1262

56402 Montabaur



Ihre Nachricht: vom 09.11.2020 2.1/Be Unser Zeichen: (bitte stets angeben) L-XX-1e-643/16 IV 40a Ihre Ansprechpartnerin: Birgit Otto E-Mail: birgit.otto @Lbm-diez.rlp.de Durchwahl: (06432) 92006-5440 Fax: (0261) 29 141-4843 Datum: 26. November 2020

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung der Bauleitplanung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

<u>hier:</u> Aufstellung des Bebauungsplans "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" und der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem o.a. Bebauungsplan "Sommerwiese" hatten wir zuletzt im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 4 Abs. 1 BauGB zuletzt mit Schreiben vom 14.12.2016 Stellung genommen und die aus straßenrechtlicher Sicht zu beachtenden Anforderungen dargelegt.

Sofern diese weiterhin uneingeschränkt beachtet werden, bestehen aus Sicht des Landesbetrieb Mobiliät Diez keine Bedenken gegen die aktuell vorgelegte Fassung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

/Jürgen Will

Im Auftrag

Birgit Otto





Netzauskunft

Telefon

0201/36 59 - 0

E-Mail

netzauskunft@pledoc.de

Verbandsgemeinde Montabaur Bauverwaltung Gerd Becher Konrad-Adenauer-Platz 8 56410 Montabaur

PLEdoc GmbH · Postfach 12 02 55 · 45312 Essen

zuständig Durchwahl

Yvonne Schemberg 0201/3659-125

Ihr Zeichen 2.1/Be

Ihre Nachricht vom 09.11.2020

Anfrage an **PLEdoc**

unser Zeichen 20201102627

Datum 18.11.2020

Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" sowie der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur; hier: Unterrichtung über die Offenlage nach § 3 Abs. 2 **BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:

- Open Grid Europe GmbH, Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen
- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)
- Viatel GmbH (Zayo Group), Frankfurt

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.

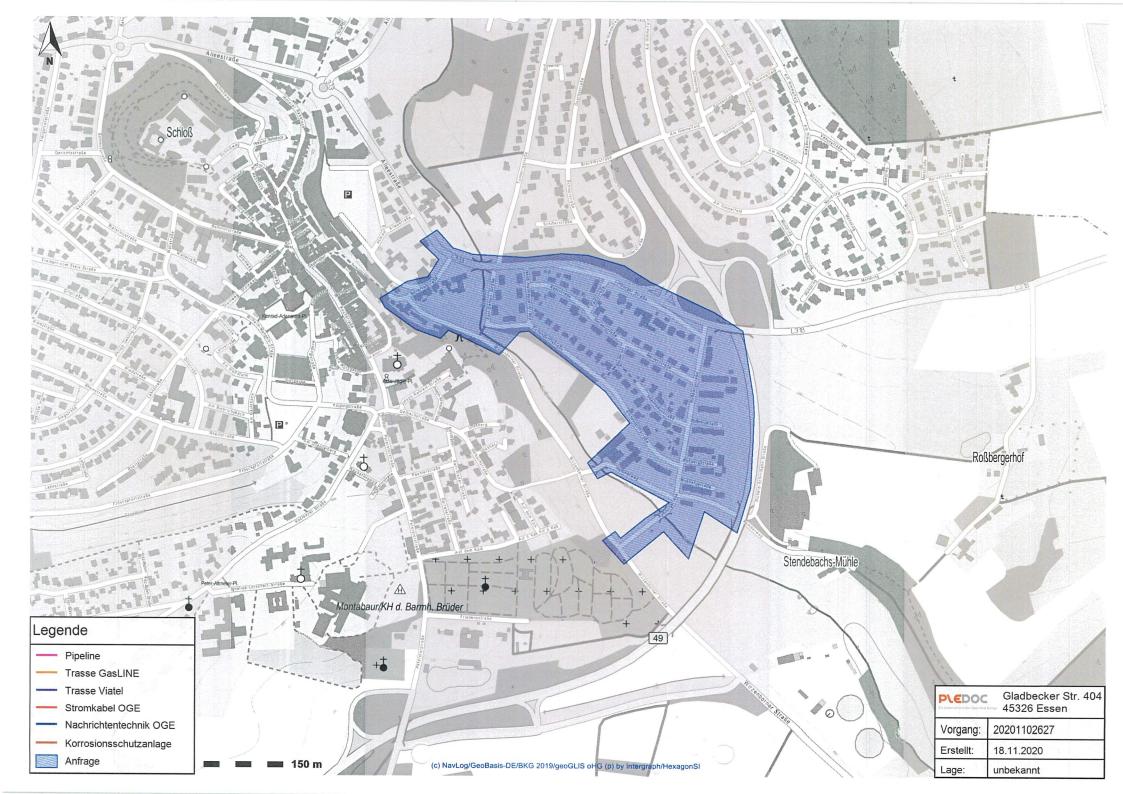
Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Mit freundlichen Grüßen PLEdoc GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig-

Anlage(n)

Übersichtskarte (© NavLog/GeoBasis-DE / BKG 2014 / geoGLIS OHG (p) by Intergraph)



Von:

K.Barth@telekom.de

Gesendet:

Freitag, 20. November 2020 13:35

An:

Becher, Gerd

Betreff:

Montabaur, Aufstellung Bebauungsplan "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" sowie der Ergänzungssatzung "Hammerweg"; Verfahren nach § 3.2 BauGB

Anlagen:

Anschreiben.pdf; Montabaur Bebauungsplan Sommerwiese.pdf;

KSA_Deutsch_20150624.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Im Planbereich/in den Planbereichen befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus dem beigefügten Plan/den beigefügten Plänen ersichtlich sind. Es kann sich dabei teilweise um mehrzügige Kabelformstein-, Schutzrohr- bzw. Erdkabelanlagen handeln. Unsere unterirdischen Kabelanlagen wurden im Ortsbereich in einer Regeltiefe von 0,6 m und außerhalb des Ortsbereiches in einer Regeltiefe von 0,8 m verlegt. Wir weisen darauf hin, daß die Gültigkeit dieser Pläne auf einen Zeitraum von 30 Tagen ab dem im Schriftfeld des Planes angegebenen Datum begrenzt ist. Aktuelle Pläne erhalten Sie über unsere Planauskunft: planauskunft.mitte@telekom.de. Es besteht auch die Möglichkeit unsere Trassenpläne online abzurufen. Hierfür ist zunächst die Registrierung unter https://trassenauskunft-kabel.telekom.de erforderlich.

In Teilbereichen Ihres Planbereiches/Ihrer Planbereiche befinden sich möglicherweise Bleimantelkabel. Sollten im Zuge der Bauarbeiten Telekomkabel freigelegt werden, so bitten wir Sie den u.g. Ansprechpartner sofort zu verständigen damit die erforderlichen Prüf- und ggf. notwendigen Austauschmaßnahmen umgehend ergriffen werden können.

Hinsichtlich der bei der Ausführung Ihrer Arbeiten zu beachtenden Vorgaben verweisen wir auf die dieser eMail beiliegende Kabelschutzanweisung. Die Kabelschutzanweisung erhält auch eine Erläuterung der in den Lageplänen der Telekom verwendeten Zeichen und Abkürzungen.

Wir gehen davon aus, daß Kabel nicht verändert werden müssen. Sollten sich in der Planungs- und/oder Bauphase andere Erkenntnisse ergeben, erwarten wir Ihre Rückantwort, damit in unserem Hause die erforderlichen Planungsschritte für die Veränderung der Anlagen eingeleitet werden können. Kontaktadresse: Deutsche Telekom Technik GmbH, Technik Niederlassung Südwest, PUB-L, Herrn Speier, Ste.-Foy-Str. 35-39, 65549 Limburg (Rufnummer 06431/297607; eMail: Dominik.Speier@telekom.de) oder Deutsche Telekom Technik GmbH, Technik Niederlassung Südwest, PUB-L, Herrn Seibert, Phillipp-Reis-Str. 1, 57610 Altenkirchen (Rufnummer 02681/83305; eMail: Elmar.Seibert@telekom.de).

Sollten die im Planbereich liegenden Telekommunikationslinien der Telekom von den Baumaßnahmen berührt werden und infolgedessen gesichert, verändert oder verlegt werden müssen, werden wir diese Arbeiten aus vertragsrechtlichen Gründen selbst an den ausführenden Unternehmer vergeben. Sollte eine Vergabe dieser Arbeiten an das ausführende Unternehmen nicht zustande kommen, so ist im Bauzeitenplan ein den durch die Telekom auszuführenden Arbeiten angemessenes Zeitfenster einzuplanen.

Wir weisen darauf hin, daß eigenmächtige Veränderungen an unseren Anlagen durch den von Ihnen beauftragten Unternehmer nicht zulässig sind.

Wir gehen davon aus, daß der Unternehmer vor Baubeginn eine rechtsverbindliche Einweisung einholt.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Barth

Deutsche Telekom Technik GmbH
Technik Niederlassung Südwest
Karl-Heinz Barth
PTI14
Moselweißer Str. 70, 56073 Koblenz
+49 261 490-6523 (Tel.)
+49 521 5224-5474 (Fax)
E-Mail: k.barth@telekom.de
www.telekom.de

Erleben, was verbindet.

 $Die\ gesetzlichen\ Pflichtangaben\ finden\ Sie\ unter:\ \underline{www.telekom.de/pflichtangaben-dttechnik}$

Grosse Veränderungen fangen klein an - Ressourcen schonen und nicht jede E-Mail drucken.





Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Postfach 20 10 53, 56010 Koblenz

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur

Postfach 12 62 56402 Montabaur

5 Verbandsgemeinde Montabaur Beig

Postanschrift:

Postfach 20 10 53 56010 Koblenz

Hausanschrift:

Peter Klöckner Straße 3 56073 Koblenz

Telefon: 02 61 / 9 15 93 - 0

Telefax: 02 61 / 9 15 93 - 233

e-mail:

koblenz@lwk-rlp.de

Internet: www.lwk-rlp.de

Ihr Aktenzeichen 2.1/Be

14-04.03 WW

Unser Aktenzeichen Auskunft erteilt - Durchwahl

Datum

Ihr Schreiben vom 09.11.2020

Sabrina Groschupf - 245

sabrina.groschupf@lwk-rlp.de

11.12.2020

Aufstellung des Bebauungsplans "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" sowie der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur

hier: Unterrichtung über die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die o. g Aufstellung des Bebauungsplans "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" sowie der Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur tragen wir seitens unserer Dienststelle aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken vor

Mit freundlichen Grüßen

1m\Auftrag

Sabrina Groschupf

Von:

Koordinationsanfrage Vodafone Kabel Deutschland

<koordinationsanfragen.de@vodafone.com>

Gesendet:

Mittwoch, 23. Dezember 2020 15:52

An:

Becher, Gerd

Betreff:

Stellungnahme S00941643, VF und VFKD, Stadt Montabaur, 2.1/Be, Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg II", "Am Roßberg II" sowie

der Ergänzungssatzung "Hammerweg"

Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH Zurmaiener Straße 175 * 54292 Trier

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur - Gerd Becher Konrad-Adenauer-Platz 8 56410 Montabaur

Zeichen: Netzplanung, Stellungnahme Nr.: S00941643

E-Mail: TFR.Stuttgart.SW@Vodafone.com

Datum: 23.12.2020

Stadt Montabaur, 2.1/Be, Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der

Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" sowie der

Ergänzungssatzung "Hammerweg"

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 09.11.2020.

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Freundliche Grüße Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Von:

Löffler, Uwe < Uwe.Loeffler@enm.de>

Gesendet:

Montag, 18. Januar 2021 11:22

An:

Becher, Gerd

Betreff:

Neuaufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und Aufhebung der Bebauungspläne "Sommerwiese", "Am Roßberg I", "Am Roßberg II" und der

Ergänzungssatzung "Hammerweg" der Stadt Montabaur

Nachricht vom 09.11.2020 Az. 2.1/Be

Hallo Gerd,

vielen Dank für die Information über die Offenlage der Bebauungspläne und die gewährte Fristverlängerung.

Von der Neuaufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" und der Aufhebung der im Betreff genannten Bebauungspläne bzw. Ergänzungssatzung werden unsere Belange nicht berührt. Anregungen sind nicht vorzubringen.

Freundliche Grüße

i. A. Uwe Löffler

Asset-Management Gas/Strom/Wassernetze Netzstrategie - Netzentwicklung

Telefon: +49 261 2999-71991 Fax: +49 261 2999-7571991 E-Mail: Uwe.Loeffler@enm.de

Internet: www.energienetze-mittelrhein.de

Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG Schützenstraße 80-82 56068 Koblenz

Sitz der Gesellschaft: Koblenz | Amtsgericht: Koblenz HRA 21594 | Persönlich haftende Gesellschafterin: Energienetze Mittelrhein Verwaltungs-GmbH | Geschäftsfüh

Von: Becker, Laura <LBecker@montabaur.de> Gesendet: Montag, 16. November 2020 08:16 An: Löffler, Uwe <Uwe.Loeffler@enm.de> Cc: Becher, Gerd <GBecher@Montabaur.de>

Betreff: AW: Bitte um Fristverlängerung - verschiedene Bebauungspläne

Hallo Herr Löffler,

hiermit bestätigen wir Ihnen antragsgemäß die Fristverlängerung bis zum 22.01.2021 für unten stehende Bebauungsplanverfahren.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

Laura Becker

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur - SG 2.1 Planen und Bauen - Konrad-Adenauer-Platz 8 | 56410 Montabaur Tel.: +49 2602 126-156 | Fax: +49 2602 126-297

E-Mail: lbecker@montabaur.de | Internet: www.vg-montabaur.de

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail sind nicht gestattet. Diese E-Mail-Adresse ist aus technischen Gründen nicht für den Empfang signierter E-Mails geeignet.

Von: Löffler, Uwe [mailto:Uwe.Loeffler@enm.de] **Gesendet:** Montag, 16. November 2020 07:38

An: Becker, Laura < LBecker@montabaur.de>; Becher, Gerd < GBecher@Montabaur.de>

Betreff: Bitte um Fristverlängerung - verschiedene Bebauungspläne

Hallo Frau Becker, hallo Gerd,

aufgrund des bereits sehr hohen Arbeitsaufkommens bis in den Januar 2021 bitte ich um **Fristverlängerung bis zum 22.01.2021** für folgende Bebauungsplanverfahren:

Montabaur, Färbersahlen Montabaur, Bornwiese, 1. Änderung Montabaur, Verlängerte Südstraße, 11. Änderung Montabaur, Sommerwiese Montabaur, In der Au, 2. Änderung Großholbach, In der Hofwies

Ich bitte um kurze Rückmeldung/Bestätigung – vielen Dank.

Freundliche Grüße

i. A. Uwe Löffler

Asset-Management Gas/Strom/Wassernetze Netzstrategie - Netzentwicklung

Telefon: +49 261 2999-71991 Fax: +49 261 2999-7571991 E-Mail: Uwe.Loeffler@enm.de

Internet: www.energienetze-mittelrhein.de

Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG Schützenstraße 80-82 56068 Koblenz Stadtverwaltung Montabaur Verbandsgemeinde Montabaur Bauabteilung Konrad- Adenauer- Platz 8 56410 Montabaur

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin Eigentümerin des Grundstücks Eichendorffstraße 1 in 56410 Montabaur. Durch die Veröffentlichung im Internet bin ich darauf aufmerksam geworden, dass der Bauausschuss einer Änderung des Bebauungsplan-Entwurfs für die Grundstücke Kantstraße 2-20 beschlossen hat. Danach geht es um die Zulassung einer Bebauung in zweiter Reihe mit einer Doppelhaushälfte. Die Beschlussvorlage habe ich zur Kenntnis genommen.

Vorsorglich möchte ich darauf hinweisen, dass mit der geplanten Bebauung kein Einverständnis besteht.

Gegen die geplante Änderung des Bebauungsplans (alt) und des Bebauungsplan-Entwurfs sprechen aus meiner Sicht folgende Argumente – ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Die Bebauung eine Verschattung der nördlichen Gebäude auf den Grundstücken auslöst
- 2. Das Gelände im rückwärtigen Bereich ist sehr stark geneigt. Durch die geplante Bebauung mit zwei Vollgeschossen und Dachgeschoss in Verbindung mit dem steilen Gelände im rückwärtigen Bereich entstehen talseitig ggf. ein bis zwei Kellergeschosse. In der Realität bedeutet dies, dass hier ggf. 14-15 m hohe Fassaden entstehen, die dann in einem städtebaulichen und formalen Missverhältnis zu den bestehenden Gebäuden stehen. Die Gebäude an der Eichendorfstraße haben talseitig meist nur eine Traufhöhe von 6 m.
- 3. Die Erschließung ist nicht gesichert. Wasser- und Strom muss sehr tief in die Grundstücke geführt werden, hier würden Übergabebauwerke erforderlich werden, da die üblichen Anschlusstiefen weit überschritten sind.
- 4. Die Bebauung in der zweiten Reihe ist für die Feuerwehr schlecht erreichbar. Die Grenzabstände sind meist nur 3,0 m und die Abfahrten werden steil sein (>15 %) d.h. eine Rettung von Gebäuden mit bis zu 4 WE kann nicht gesichert werden.

- 5. Die Bebauung in zweiter Reihe führt zu Problemen in der Entwässerung, da der Kanal in der Erschliessungstraße nicht mit natürlichem Gefälle erreicht werden kann, d.h. die Erschließung ist nicht gesichert bzw. müssten Hebeanlagen eingesetzt werden, die bei Stromausfall wirkungslos sind.
- 6. Das Oberflächenwasser sollte bei neuen Erschließungen versickert werden. Durch die konzentrierte Einleitung von Oberflächenwasser kann es zu Problemen bei den älteren Gebäuden der talseitigen Nachbarn führen, da deren Keller bzw. erdberührten Wände für drückendes Sickerwasser nicht ausgelegt sind und hierdurch Schäden an deren Gebäude auftreten können.
- 7. Durch die Grenzbebauung als Doppelhaus besteht Anbaurecht aber keine Anbaupflicht. Die ursprüngliche vorhandene Siedlungsbebauung ist geschlossen und zusammenhängen geplant und gebaut worden. Die neuen heterogenen Eigentumsverhältnisse führen dazu, dass ggf. einzelne Doppelhaushälften erstellt werden, die andere Hälfte allerdings ggf. nie. Hierdurch entstehen dann einzelne schmale, hohe Gebäude (Stagniten). Diese Breiten-/Höhenverhältnisse entsprechen nicht dem Gebietscharakter.
- 8. Um die Gebäude zu erschließen sind lange Wohnwege oder Wohnstraßen erforderlich. Die starke Geländeneigung erfordert erhebliche Erdbewegungen bzw. führt zu schwierigen Zugänge-/ Zufahrten. Hier werden genehmigungspflichtige Erdbewegungen und Stützbauwerke erforderlich um zukunftsgerichtet und barrierefrei erreichbaren Wohnraum zu erhalten. Durch die langen Wege werden zusätzliche Flächen versiegelt und die Entwässerung ist zu gewährleisten ohne dieses Wasser einfach zu den Unterliegern zuzuführen.
- 9. Die Straßenfront wird nicht ausreichen um die erforderlichen Stellplätze nachweisen können und die schwierige Anfahrt in der Steilhanglage wird dazu führen, dass der Parkraum in der zweiten Reihe nicht genutzt wird und der ruhende Verkehr sich weiter in den bereits knappen öffentlichen Raum verlagert. Zudem werden Vorgärten zugunsten von Stellplätzen weichen, d.h. das Straßenbild wird ausschließlich durch Fahrzeuge bestimmt.
- 10. Um Terrassen und ähnliche Freisitze zu erhalten sind wiederum Stützbauwerke erforderlich, die das Wasser wiederum beschleunigt zu den darunter liegenden Anliegern führen.

Aufgrund der vorliegenden Punkte wird deutlich, dass dieses Gebiet aufgrund seiner tektonischen und städtebaulichen Gegebenheiten für eine Bebauung in der zweiten Reihe nicht geeignet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Von:

Gesendet:

Sonntag, 17. Januar 2021 21:00

An:

Becher, Gerd

Betreff:

B-Plan "Sommerwiese" ... unser Gespräch am 30.12.2020

Sehr geehrter Herr Becher,

wir kommen auf unser Gespräch am 30.12.2020 im Zusammenhang mit der öffentlichen Auslegung der Planungsunterlagen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB des B-Plans "Sommerwiese" zurück.

Wir beziehen uns auf die veröffentlichte Begründung, der zufolge in der Zone östlich der Roßbergstraße beabsichtigt ist, im gesamten Plangebiet eine sich einfügende und städtebaulich vertretbare Nachverdichtung an passender Stelle zuzulassen, um insbesondere auch preisgünstigeren Wohnraum schaffen zu können.

Gern bringen wir folgende im Eigentum befindliche Flurstücke ein, um dieses Ziel zu erreichen:

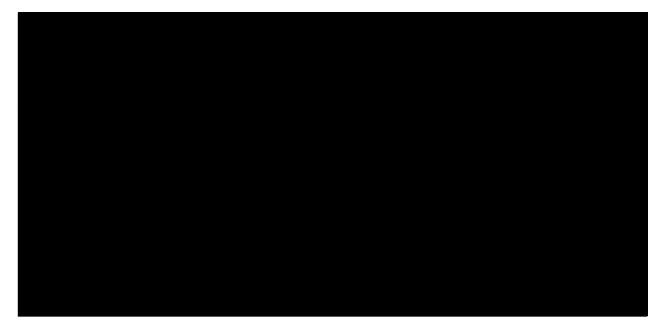
- 1073/15
- 1076/3
- 1076/5
- 2491/4
- 2941/1
- 2942/3
- 2937/6

Fragen wie der Neuordnung der Parzellierung etc. stehen wir offen gegenüber. Ggf. können Teile der Flurstücke auch für Maßnahmen des Lärmschutzes und für Kompensationsmaßnahmen genutzt werden.

Wir bitten daher um Ergänzung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans und entsprechender Baufenster.

Wir freuen uns auf das nächste Gespräch, in dem wir Ihnen gern unsere Ideen und Entwicklungsabsichten vorstellen.

Freundliche Grüße







Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord Postfach 1227 I 56402 Montabaur

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur

Konrad-Adenauer-Platz 8

56410 Montabaur

REGIONALSTELLE WASSERWIRTSCHAFT, ABFALLWIRTSCHAFT, BODENSCHUTZ

Kirchstraße 45 56410 Montabaur Telefon 02602 152-0 Telefax 02602 152-4100 Poststelle@sgdnord.rlp.de www.sgdnord.rlp.de

16.08.2021

Mein Aktenzeichen Az. 33-1/00/27.14 Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom 13.07.2021 2.1 / Be Ansprechpartner(in)/ E-Mail Thomas Meuer Thomas.Meuer@sgdnord.rlp.de **Telefon/Fax** 02602 152-4132 0261 120-884132

Bauleitplanung der Stadt Montabaur;

Aufstellung des Bebauungsplans "Sommerwiese" Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem o.g. Bauleitverfahren habe ich mehrere Stellungnahmen, zuletzt mit dem Schreiben vom 15.12.2020, abgegeben. Diese behalten weiterhin grundsätzlich ihre Gültigkeit.

In Rahmen der aktuellen Offenlage wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplanes um die Verkehrsflächen, Flurstück 2716/1, erweitert.

Aufgrund der Ausweisung eines Gebietes entlang des Gelbaches "zur Umsetzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regulierung des Wasserabflusses" ist davon auszugehen, dass die Grundstücke in der Aue zwischen der Eichendorfstraße und dem Gelbach nicht mehr der Bebauung zugeführt werden.



Sollte dennoch zu irgendeinem Zeitpunkt eine Bebauung in diesem Bereich vorgesehen sein, weise ich wie in der Stellungnahme vom 15.12.2020 bereits erläutert, auf folgendes hin:

Der Bebauungsplanliegt teilweise im festgesetzten Überschwemmungsgebiet (RVO 312-63-Gelbach). Gemäß § 78 Wasserhaushaltsgesetzes ist eine Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich in Bauleitplänen oder in sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch sowie Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet untersagt.

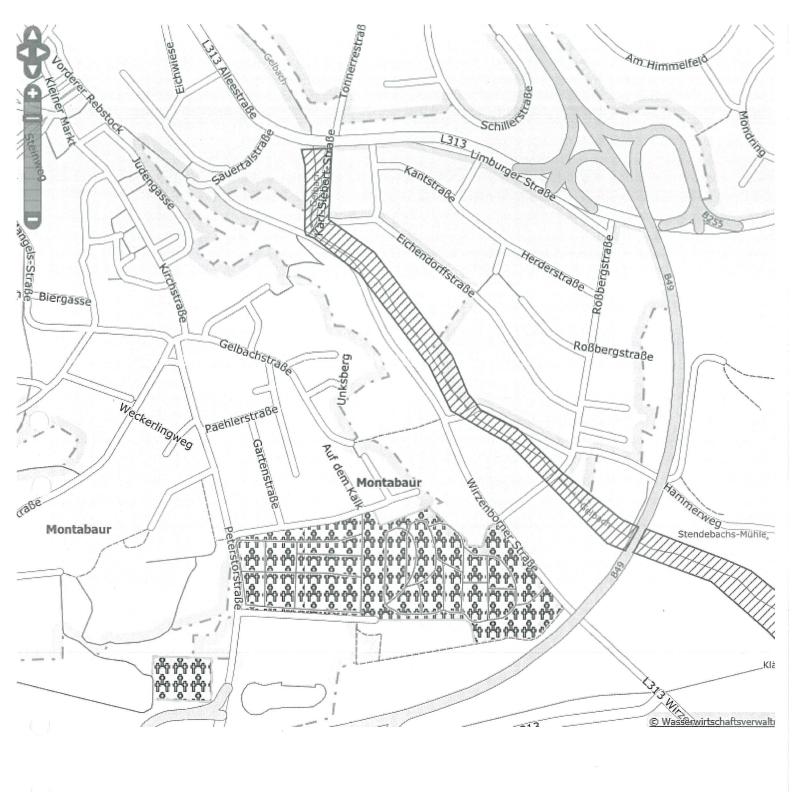
In Ausnahmefälle kann die zuständige Behörde davon abweichen und eine wasserrechtliche Genehmigung erteilen, wenn hierfür die Voraussetzungen gemäß §78 WHG erfüllt sind. Hierzu ist ein Nachweis für das 100 jährliche Niederschlagsereignis zu erbringen, aus dem hervorgeht, wo die tatsächliche Überschwemmungsgrenze im jetzigen Plangebiet verläuft. Dieser Überschwemmungsbereich ist grundsätzlich von jeglicher Bebauung frei zu halten, um Beeinträchtigung des Hochwasserschutzes zu vermeiden. Grundsätzlich ist innerhalb des Überschwemmungsgebiets die Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können, gemäß §78 WHG und § 84 Landeswassergesetz Rheinland-Pfalz untersagt. Somit ist auch die temporäre Lagerung von Bodenmaterial verboten.

Des Weiteren weise ich darauf hin, dass gemäß der Gefährdungsanalyse zur Starkregengefährdung Sturzfluten unterschiedlicher Abflusskonzentrationen in der Stadt Montabaur wahrscheinlich sind. Zum Teil münden die Sturzfluten in den Gelbach u.a. auch in dem betroffenen Bereichs des Überschwemmungsgebietes. Dies kann nach einem Starkregenereignis zu einem schnellen Anstieg der Wasserspiegellage führen.

Mit freundlichen Grüßen

Im/Auftrag

(Thomas Meder)





Westerwaldkreis

Kreisverwaltung des Westerwaldkreises in Montabaur



Kreisverwaltung des Westerwaldkreises • 56409 Montabaur 5 Verbandsgemeinde Montabaur Montabaur Konrad-Adenauer-Platz 8 56410 Montabaur 3 1. Aug. 2021 Beig BV Telefon (Fax) E-Mail Rückfragen an

Peter-Altmeier-Platz 1 56410 Montabaur

Telefon: 02602 124-0 Telefax: 02602 124-238

www.westerwaldkreis.de kreisverwaltung@westerwaldkreis.de

Öffnungszeiten (durchgehend): 7:30 bis 16:30 Uhr Di, Mi, Fr: 7:30 bis 12:30 Uhr 7:30 bis 17:30 Uhr Weitere Termine nach Vereinbarung.

Abt. / Az.

Datum

02602 - 124 471 (510)

Edgar.Deichmann@westerwaldkreis.de

Herrn Deichmann

2A/610-13 4.69.115

30.08.2021

Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" der Stadt Montabaur; hier: Unterrichtung über die erneute Offenlage nach § 4 a Abs. 3 BauGB Ihr Schreiben vom 13.07.2021 - Az.: 2.1/Be

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB haben wir die Stellungnahmen der Fachabteilungen unseres Hauses eingeholt. Hierzu wird Folgendes ergänzend vorgetragen:

Das Referat Landesplanung und Denkmalschutz bittet die beigefügte Stellungnahme der Direktion Landesarchäologie vom 27.07.2021 zu beachten.

Von Seiten der Naturschutzbehörde wird vorgetragen:

Sparkasse Westerwald-Sieg

Die Grünstrukturen zwischen den Bauzeilen entlang der Limburger-, Herder, Kopernikus- und Eichendorfstraße als "zu erhalten und nach Abgang gleichartig zu ersetzen" festzusetzen. wurden nicht umgesetzt. Zwar ist in der Legende der Planurkunde die Signatur zur Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung und das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern dargestellt findet aber keine Entsprechung in der Planzeichnung.

Ansonsten wurden zu dem Satzungsentwurf keine Anregungen und Bedenken vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:

Edgar Deichmann





Direktion Landesarchäologie

Außenstelle Koblenz

Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz Direktion Landesarchäologie I Außenstelle Koblenz Niederberger Höhe 1 I 56077 Koblenz

Kreisverwaltung Westerwald Untere Denkmalschutzbehörde Peter-Altmeier-Platz 1 56410 Montabaur Niederberger Höhe 1 56077 Koblenz Telefon 0261 6675 3000 landesarchaeologie-koblenz @gdke.rlp.de www.gdke.rlp.de

Mein Aktenzeichen

Ihre Nachricht vom

Ansprechpartner / Email

Telefon

Datum

2020_0975 . 2

23.07.2021

Achim Schmidt

0261 6675 3028

27.07.2021

(bitte immer angeben)

23.07

achim.schmidt@gdke.rlp.de

Gemarkung

Montabaur

Projekt

Bebauungsplan "Sommerwiese"

hier:

Aufstellung

Beteiligungsart

§ 4 Abs. 3 BauGB

Betreff

Archäologischer Sachstand

Erdarbeiten

Verdacht auf archäologische Fundstellen

Unsere Belange sind durch die Textfestsetzung, S. 11, nur teilweise berücksichtigt. Wir bitten um einen Nachtrag bezüglich der Frist zur Baubeginnsanzeige entsprechend dem unten eingefügten Absatz "Bekanntgabe von Erdarbeiten". Vielen Dank!

Überwindung / Forderung:

- Bekanntgabe des Erdbaubeginns
- Redaktionelle Änderung der Textfestsetzung

Erläuterungen zu archäologischem Sachstand

Verdacht auf archäologische Fundstellen

Bislang liegen der Direktion Landesarchäologie in diesem Bereich keine konkreten Hinweise auf archäologische Fundstellen vor. Allerdings stufen wir den Planungsbereich aus topographischen Gesichtspunkten als archäologische Verdachtsfläche ein. Dementsprechend können bei Bodeneingriffen bisher unbekannte archäologische Denkmäler zu Tage treten, die vor ihrer Zerstörung durch die Baumaßnahmen fachgerecht untersucht werden müssen.

Erläuterung Überwindungen / Forderungen

- Bekanntgabe des Erdbaubeginns

Der Vorhabenträger ist auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht (§16-21 DSchG RLP) hinzuweisen. Der Baubeginn ist mindestens 2 Wochen vorher per Email über landesarchaeologie-koblenz@gdke.rlp.de oder telefonisch unter 0261 6675 3000 anzuzeigen. Weiterhin sind der Vorhabentsräger wie auch die örtlich eingesetzen Firmen darüber zu unterrichten, dass ungenehmigte sowie unangemeldete Erd- und Bauarbeiten in Bereichen, in denen archäologische Denkmäler vermutet werden, nach § 33 Abs. 1 Nr. 13 DSchG RLP ordnungswidrig sind und mit Geldbußen von bis zu 125.000 Euro geahndet werden können (§33 Abs. 2 DSchG RLP).

- Redaktionelle Änderung der Textfestsetzung

Durch die Textfestsetzung sind die Belange der Landesarchäologie nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt. Wir bitten die Planunterlagen entsprechend des geschilderten archäologischen Sachverhaltes und den damit verbundenen Forderungen zu ergänzen.

Diese Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die Belange der Direktion Landesarchäologie. Eine Stellungnahme der Direktion Landesarchäologie, Referat Erdgeschichte (erdgeschichte@gdke.rlp.de) sowie der Direktion Landesdenkmalpflege (landesdenkmalpflege@gdke.rlp.de) muss gesondert eingeholt werden.

Bei Rückfragen stehen wir gerne unter der oben genannten Rufnummer oder Emailadresse zur Verfügung. Bitte geben Sie unser oben genanntes Aktenzeichen an.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. / i.V.

Achim Schmidt



Stellungnahme

Fachbereich 3 – VG-Werke

Montabaur, 25.08.2021

zum Bebauungsplan

"Sommerwiese", Montabaur - Aufstellung

Offenlage/Beteiligung: vom 25.07.2021 bis 25.08.2021

Verteiler:

- Sachbearbeiter F 3 – s. unten

- Sammelakte F3

für die Bereiche

1	Straßenbau	Sach- bearbeiter	Bearbeitungs- datum
1.1	Straßenbau – Technik keine Einwendungen		26.07.2021
1.2	Straßenbau – Beiträge keine Einwendungen		24.08.2021
1.3	Straßenbau – Beleuchtung keine Einwendungen		21.07.2021
2	Wasserversorgung		
2.1	Wasserversorgung – Technik keine Einwendungen	Lau Markus	21.07.2021
2.2	Wasserversorgung – Entgelte keine Einwendungen		11.08.2021
3	Abwasserbeseitigung		
3.1	Abwasserbeseitigung – Technik keine Einwendungen		22.07.2021
3.2	Abwasserbeseitigung – Entgelte Die fehlen noch immer Bezeichnungen "A+B+C" in der Planzeichnung, auf die sich u.a. in den TF unter Punkt 2.1 bezogen wird. Wichig auch für die Zahl der Vollgeschosse. Aufgrund der Überplanung der Grundstücksflächen fällt teilweise die Tiefenbegrenzung weg und die Grundflächenzahl wird erhöht, sodass die Beitragslast für wiederkehrende Beiträge Niederschlags- und Schmutzwasser steigen wird.	Fasel Wolf	11.08.2021 nicht im Dienst
4	Sonstiges (Außengebietsentwässerung, Felddrainagen etc.) keine Einwendungen	Erbe	26.07.2021

Klute, Werkleiter



Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Postfach 20 10 53, 56010 Koblenz

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur Postfach 12 62 56402 Montabaur

Postanschrift: Postfach 20 10 53 56010 Koblenz

Hausanschrift: Peter Klöckner Straße 3 56073 Koblenz

Telefon: 02 61 / 9 15 93 - 0 Telefax: 02 61 / 9 15 93 - 233 koblenz@lwk-rlp.de e-mail: Internet: www.lwk-rlp.de

Ihr Aktenzeichen 2.1/Be

14-04.03

Unser Aktenzeichen Auskunft erteilt – Durchwahl

E-Mail

Datum

Ihr Schreiben vom 13.07.2021

Johannes Maur - 245

johannes. maur @lwk-rlp.de

03.08.2021

Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" der Stadt Montabaur

Unterrichtung über die erneute Offenlage nach § 4a Abs. 3 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die o.g. Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" der Stadt Montabaur tragen wir seitens unserer Dienststelle aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken vor.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Johannes Maur

Von:

Koordinationsanfrage Vodafone Kabel Deutschland

<koordinationsanfragen.de@vodafone.com>

Gesendet:

Montag, 23. August 2021 16:24

An:

Becher, Gerd

Betreff:

Stellungnahme S01048904, VF und VFKD, Stadt Montabaur, 2.1/Be,

Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese"

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH Zurmaiener Straße 175 * 54292 Trier

Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur - Gerd Becher Konrad-Adenauer-Platz 8 56410 Montabaur

Zeichen: Netzplanung, Stellungnahme Nr.: S01048904

E-Mail: TFR.Stuttgart.SW@Vodafone.com

Datum: 23.08.2021

Stadt Montabaur, 2.1/Be, Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese"

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 13.07.2021.

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Freundliche Grüße Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.



Netzauskunft

Telefon

0201/36 59 - 0

PLEdoc GmbH · Postfach 12 02 55 · 45312 Essen

E-Mail

netzauskunft@pledoc.de

Verbandsgemeinde Montabaur Bauverwaltung Gerd Becher Konrad-Adenauer-Platz 8 56410 Montabaur

zuständig

Yvonne Schemberg

Durchwahl 0201/3659-125

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom Anfrage an

unser Zeichen

Datum

2.1/Be

13.07.2021

PLEdoc

20210704360

26.07.2021

Aufstellung des Bebauungsplanes "Sommerwiese" der Stadt Montabaur; hier: Unterrichtung über die erneute Offenlage nach § 4 a Abs. 3 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:

- OGE (Open Grid Europe GmbH), Essen
- Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen
- Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg
- Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen
- Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen
- Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund
- Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen
- GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH)

Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.

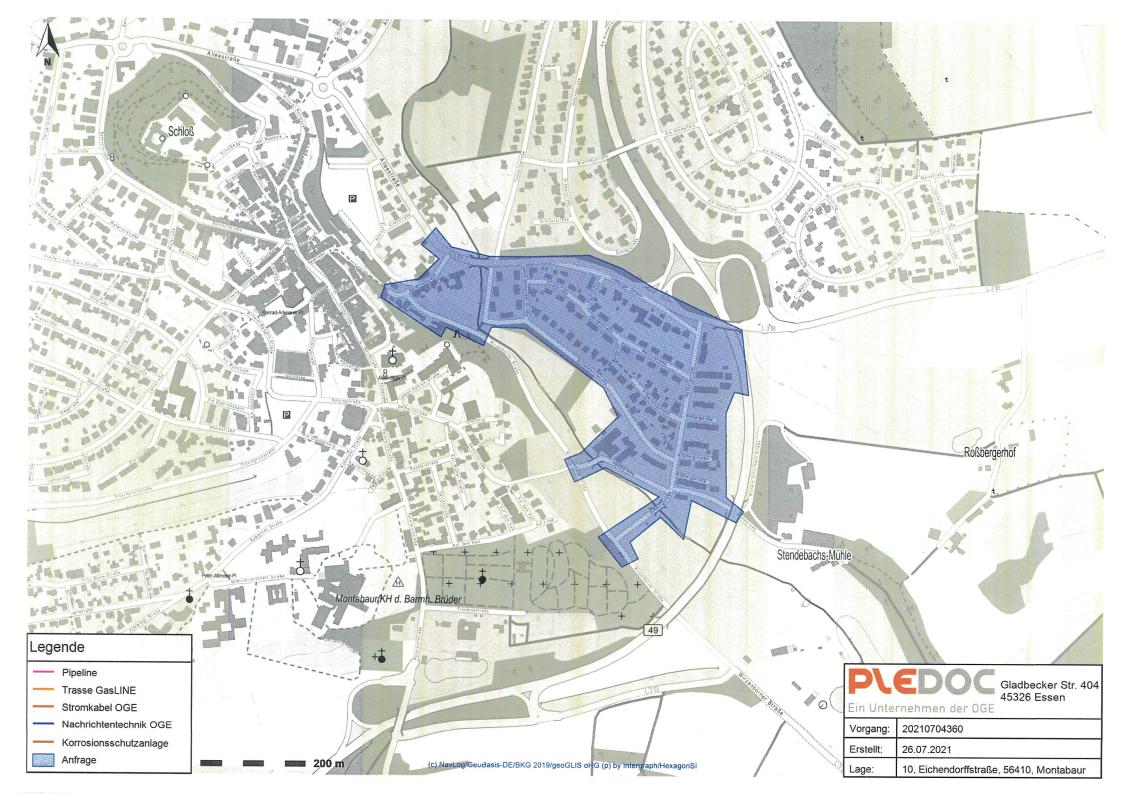
Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.

Mit freundlichen Grüßen PLEdoc GmbH

-Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig-

Übersichtskarte (© NavLog/GeoBasis-DE / BKG 2020 / geoGLIS OHG (p) by Intergraph)





Von:

K.Barth@telekom.de

Gesendet:

Donnerstag, 22. Juli 2021 15:14

An:

Becher, Gerd

Betreff:

Montabaur, Bebauungsplan "Sommerwiese"; erneute Offenlage nach § 4a.3

BauGB

Anlagen:

Anschreiben.pdf; Montabaur Bebauungsplan Sommerwiese 2.pdf;

KSA_Deutsch_20150624.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Gegenüber unserer im Rahmen des bisherigen Verfahrensablaufes mit eMail vom 20.11.2020 abgegebenen Stellungnahme ergeben sich keine Änderungen.

Anliegend erhalten Sie einen aktuellen Auszug unseres Trassenplanes.

Wir weisen darauf hin, daß die Gültigkeit dieses Planes auf einen Zeitraum von 30 Tagen ab dem im Schriftfeld des Planes angegebenen Datum begrenzt ist. Aktuelle Pläne erhalten Sie über unsere Planauskunft: planauskunft.mitte@telekom.de. Es besteht auch die Möglichkeit unsere Trassenpläne online abzurufen. Hierfür ist zunächst die Registrierung unter https://trassenauskunft-kabel.telekom.de erforderlich.

Hinsichtlich der bei der Ausführung Ihrer Arbeiten zu beachtenden Vorgaben verweisen wir auf die dieser eMail beiliegende Kabelschutzanweisung. Die Kabelschutzanweisung erhält auch eine Erläuterung der in den Lageplänen der Telekom verwendeten Zeichen und Abkürzungen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Barth

Deutsche Telekom Technik GmbH
Technik Niederlassung Südwest
Karl-Heinz Barth
PTI14
Moselweißer Str. 70, 56073 Koblenz
+49 261 490-6523 (Tel.)
+49 521 5224-5474 (Fax)
E-Mail: k.barth@telekom.de
www.telekom.de

Erleben, was verbindet.

Die gesetzlichen Pflichtangaben finden Sie unter: www.telekom.de/pflichtangaben-dttechnik

Grosse Veränderungen fangen klein an - Ressourcen schonen und nicht jede E-Mail drucken.

Von:

Gesendet:

An:
Betreff:

Freitag, 23. Juli 2021 09:43

Becher, Gerd

BPL Sommerwiese

Sehr geehrte Herr Becher,

ich nehme Bezug auf den Bebaungsplan "Sommerwiese" und möchte sie bitten, auf das gesamte Plangebiet gesehen verpflichtend mit aufzunehmen, das wenn ein Baum im allgemeinen und ein Strauch, Busch ect. beim Abgang entsprechend neu bepflanzt werden muss. (Wir haben hier auch einen sehr hohen Vogelbestand)

Hier nochmal den von mir angesprochen Abschnitt:

"III. Naturschutzrechtliche Regelungen Pflanzbindungenund Erhaltungsbindungenauf den Baugrundstücken -§ 9 (1) Nr. 25 a undb BauGB-1. Pro 150 qm unbebauter Grundstücksfläche ist mindestens ein kleinkroniger, standortorttypischer Laubbaum oder drei heimische Sträucher aus den Pflanzenlisten I und II des Anhangs zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.Bereits vorhandene Laubbäume und heimische Sträucher werden entsprechend angerechnet. 2. Die im Bereich der Limburger-, Herder-, Kopernikus-und Eichendorffstraße zwi-schen den Bauzeilenvorhandenen Grünstrukturen – Laubbäume undheimische Sträucher –sind zu erhaltenund bei Abgang gleichartig zu ersetzen"

Desweiteren möchte ich sie auf die Situation "Stellplätze" hinweisen das, wenn möglich mehr auf Stellplätze verpflichtend einzuwirken. Ein konkreter Fall aus der Kopernikusstraße 6. Aus dem vorhanden Wohnhaus wurde ein 2 Familienhaus und ein Mieter kam mit 3 Autos und ein Wohnmobil die dementsprechend hier "verteilt" abgestellt werden. Das kann man natürlich keinem verbieten, aber im gesamten Plangebiet sind sehr wenig Abstellmöglichkeiten im öffentlichen Bereich ausgewiesen und in der heutigen Zeit haben die meisten Haushalte 2 Autos und dann könnte es in der Zukunft sehr eng und chaotisch werden bei Umbau.- oder Neubauvorhaben.

Mit freundlichen Grüßen